



AfD

Kreisverband
Nienburg-Schaumburg



UNSERE HEIMAT UNSER PROGRAMM.



KOMMUNAL- WAHLPROGRAMM 2026

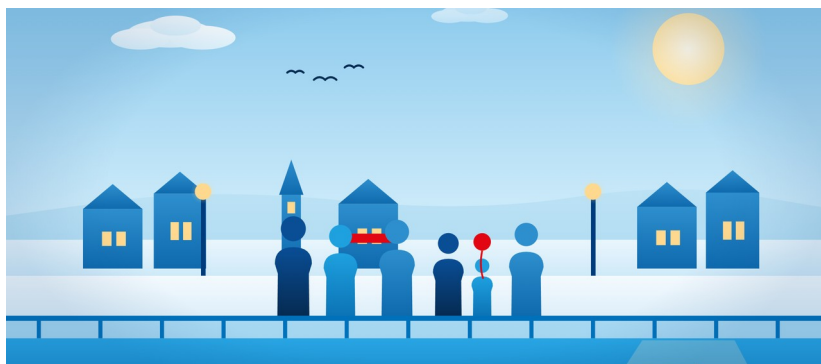
Alternative für Deutschland
Kreisverband Nienburg-Schaumburg

Kommunalwahl am 13. September 2026

KLARTEXT FÜR UNSERE HEIMAT.

Inhaltsverzeichnis

–	Vorwort.....	1
1	Außenpolitik, Verteidigung und Entwicklungshilfe.....	4
2	Geld- und Währungspolitik.....	8
3	Finanzen und Steuern.....	11
4	Familie und Demografie.....	18
5	Innere Sicherheit, Ordnung und kommunale Verantwortung.....	27
6	Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien.....	36
7	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und ländlicher Raum.....	45
8	Gesundheitspolitik.....	55
9	Demokratie, Grundwerte und Europa.....	62
10	Klima, Energie, Technik und Digitalisierung.....	65
11	Wirtschaft, Handwerk und kommunale Standortpolitik.....	71
12	Soziales, Jugendhilfe und kommunale Belastungsgrenzen.....	76
13	Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit.....	86
14	Infrastruktur, Verkehr, Bauen, Wohnen und Planung.....	89
§	Impressum und Transparenz.....	95



ZUM GELEIT 

GEMEINSAM FÜR NIENBURG UND SCHAUMBURG – SEIT 2013!

Vorwort

Liebe Mitbürger!

Am 20.10.2013 wurde unser Kreisverband Nienburg-Schaumburg gegründet – seit nunmehr 13 Jahren gibt es unsere Alternative für Deutschland vor Ort. Diese Gründung ist das historische Fundament unserer Arbeit in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist die Basis unseres politischen Handelns. Eine einmalige Erfolgsgeschichte brachte uns in den Bundestag und in die Länderparlamente.

Hier packen wir Themen an, welche die Altparteien gerne unter den Tisch fallen lassen – und Themen, die diese Parteien nicht immer im Sinne ihrer Bürger fokussieren.

Seit der Kommunalwahl 2016 haben die ersten, wenigen Ratsfrauen, Ratsherren und Kreistagsabgeordneten auf kommunaler Ebene ausschließlich für Ihre Interessen gewirkt. Mit ganzer Kraft setzen wir uns dafür ein, unsere Heimat im Geist von Freiheit, Gerechtigkeit und tatsächlich gelebter Demokratie grundlegend zu erneuern.

Für diese Kommunalwahl 2026 hat sich die Zahl unserer Kandidaten vervielfacht. Mit den Umfragewerten wächst auch Ihre AfD vor Ort.

Warum dieses Programm über die Kommune hinausblickt

Dieses Programm ist ein Kommunalwahlprogramm – und es greift dennoch ganz bewusst auch landes-, bundes- und europapolitische Themen auf. Der Grund ist einfach: Die politischen Ebenen lassen sich in der Realität nicht mehr trennen.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in Nienburg und Schaumburg sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Doch sie müssen die direkten Folgen der verfehlten Politik aus Hannover, Berlin und Brüssel ausbaden und bezahlen:

- bei der unregelten Migration,
- bei explodierenden Energiekosten,
- bei bürokratischen Heizungsgesetzen,
- bei der Zerstörung des ländlichen Raums.

Was oben in der EU oder im Bund beschlossen wird, schlägt voll auf die kommunalen Haushalte und auf das Leben der Bürger vor Ort durch. Nur wer diese Zusammenhänge ehrlich benennt, kann auf kommunaler Ebene echte Politik für die Bürger machen.

Deshalb benennt dieses Programm bei jedem Thema auch die Verantwortung von Land, Bund und EU – deutsch, deutlich und ohne politische Phrasen.

Ihre Stimme entscheidet

Sie geben uns Ihre Stimme, damit wir die Interessen unserer Bürger in ihren Orts-, Gemeinde- und Stadträten und in ihrem Kreistag engagiert vertreten und durchsetzen können. Sie wählen am 13.09.2026 in Ihrem Sinne die Alternative für Deutschland.

UNSERE FORDERUNG

Ihre Stimme wird die kommunale politische Landschaft mit Schwerpunkten der AfD verändern.

ONLINE AM BALL BLEIBEN!

Aktuelle Termine, Anträge und Klartext aus Kreistagen und Räten: Besuchen Sie unsere Webseite, abonnieren Sie unsere Social-Media-Kanäle und lesen Sie unseren Newsletter.

» www.afd-nienburg-schaumburg.de



SCANNEN!



KAPITEL 1

BUNDESWEHR-STANDORTE SICHERN – HEIMAT VERTEIDIGEN!

Außenpolitik, Verteidigung und Entwicklungshilfe

Kommunale Verantwortung wahrnehmen

Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik werden häufig als ausschließliche Aufgaben des Bundes dargestellt. Tatsächlich verfügen Städte, Gemeinden und Landkreise jedoch über konkrete Handlungsspielräume, um politische Fehlentwicklungen nicht mitzutragen und eigene Interessen zu vertreten.

Kommunale Beschlüsse, Resolutionen, Partnerschaften und die Verwendung freiwilliger Mittel entfalten reale politische und finanzielle Wirkung. Die AfD will diese Möglichkeiten auf kommunaler Ebene konsequent nutzen.

1. Verteidigungspolitik: Bundeswehrstandorte erhalten

Bundeswehrstandorte wie die Jägerkaserne mit dem Heeresflugplatz in Bückeburg (Achum) sind sicherheitspolitisch relevant, wichtige Arbeitgeber und nationale wie internationale Ausbildungsstandorte im Schaumburger Land.

Die Heeresfliegertruppe als „Division luftbeweglicher Operationen“ in der Struktur „Heer der Zukunft“ ist heute die personell stärkste Truppe dieser

Gattung. Sie stellt z. B. einen Heeresflieger-Sofortverband für Rettungs- und Evakuierungsmaßnahmen – auch für unseren Landkreis Schaumburg.

Standortschließungen oder Verkleinerungen schwächen die Landesverteidigung, die innere Sicherheit, den Katastrophenschutz und die wirtschaftlichen Strukturen vor Ort. Kommunen können und müssen sich für den Erhalt dieser wichtigen Standorte positionieren. Die AfD unterstützt kommunale Initiativen, die sich gegen Schließungen wenden.

Militärische Liegenschaften dienen ausschließlich ihrem Zweck; eine Umnutzung lehnen wir konsequent ab. Ein militärischer Zweck könnte sein, freiwillig Wehrdienstleistenden entgegenzukommen und Wohnraum in guter Lage zum Standort zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung zu stellen. So entsteht zusätzliche Attraktivität für einen eigenen Einsatz bei der Bundeswehr.

Sollte gegen die Intentionen der AfD die militärische Nutzung wegfallen, ist der frei werdende Raum der zivilen, bürgerlichen Bevölkerung des Kreisgebietes nutzbar zu machen. Auch ehemalige Kreiswehrrersatzämter behalten mit Blick auf Wehrfähigkeit und regionale Beschäftigung ihre Bedeutung.

2. Kommunale Außenpolitik: Städtepartnerschaften sachlich ausrichten

Städtepartnerschaften sollen dem kulturellen Austausch und dem gegenseitigen Nutzen dienen. Stadthagen pflegt seit 1990 eine Städtepartnerschaft mit dem wunderschönen Heilkurort Tapolca in Ungarn – einer Perle der Gesundheit in der Nähe des Balaton mit 16.000 Einwohnern.

Übersetzt „warmes Wasser“ genannt, dient dieser Ort der Gesundheit: Er beherbergt Thermalquellen und verfügt über mineralstoffreiches Heilwasser; wer es abenteuerlicher mag, durchquert Höhlenquellen in Booten. Kurz: Diese Städtepartnerschaft ist als förderlich anzusehen, sie bereichert beide Städte. Kultureller, bildungspolitischer und gesundheitlicher Austausch ist aufgrund kultureller Nähe möglich und daher – neben der Touristik – durch Schüleraustausche, Au-pairs und Volunteers voranzutreiben.

Im Einzelnen setzt sich die AfD Nienburg-Schaumburg dafür ein, Städtepartnerschaften kritisch zu hinterfragen und zu prüfen, ob eine

Partnerschaft lediglich der Symbolik dient oder einseitige politische Agenden bedient, die unnötig Steuergelder erschöpfen.

- Partnerschaften ohne erkennbaren Nutzen für die Kommune oder ihre Bürger sind auszusetzen oder zu beenden.
- Neue Partnerschaften sind ausschließlich nach klaren Kriterien des kommunalen Interesses einzugehen.

3. Entwicklungspolitik: Kommunale Mittel priorisieren

UNSERE FORDERUNG

Idealismus muss finanzierbar sein!

Deutschland leistet den höchsten Anteil an Entwicklungshilfen weltweit – und das nicht BIP-abhängig. Für diesen Zustand zeichnet die Bundesregierung verantwortlich. Trotz eigener Zuständigkeit versucht sie, Kommunen zunehmend in Programme einzubinden, die den kommunalen Haushalt belasten und finanzielle Mittel binden, die den eigenen Bürgern zugutekommen müssten.

Die AfD sieht als Voraussetzung für Investitionen der Kommunen außerhalb deutscher Grenzen die finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen. Das heißt: Die Kommune ist finanziell in der Lage, in ihrem Zuständigkeitsbereich wichtige Investitionen für Schulen, Infrastruktur, Gesundheitssystem, soziale Einrichtungen sowie Rettungs- und Katastrophenschutz – ebenso wie ihr gesetzlich auferlegtes soziales Engagement – aus der eigenen Kasse zu bestücken (Weiteres im Abschnitt Konnexitätsprinzip), ohne auch auf lange Sicht in Liquiditätsprobleme zu geraten, und dabei Rücklagen zu bilden.

Ist die Kommune in der Lage, Rücklagen zu bilden, und sind alle wichtigen, auch geplanten Investitionen finanziell gut abgedeckt, ohne unübersichtlichen Schuldenaufbau zu betreiben, kann über Entwicklungshilfe gesprochen werden.

4. Migration und „Sichere Häfen“: Kommunale Selbstbestimmung sichern

Kommunen können einer freiwilligen Selbstverpflichtung zur zusätzlichen Aufnahme von Migranten über sogenannte „Sichere-Häfen-Erklärungen“ zustimmen. Die AfD stellt fest, dass dieses Programm den

kommunalen Haushalt belastet und den Wohnungsmarkt, die soziale Infrastruktur sowie die Sozial- und Bildungskultur schwächt.

In den Kommunen der Landkreise Nienburg und Schaumburg müssen diese Verpflichtungen rückgängig gemacht werden, um finanzielle Mittel und tatkräftige Unterstützung an die kommunale Bevölkerung zu binden.

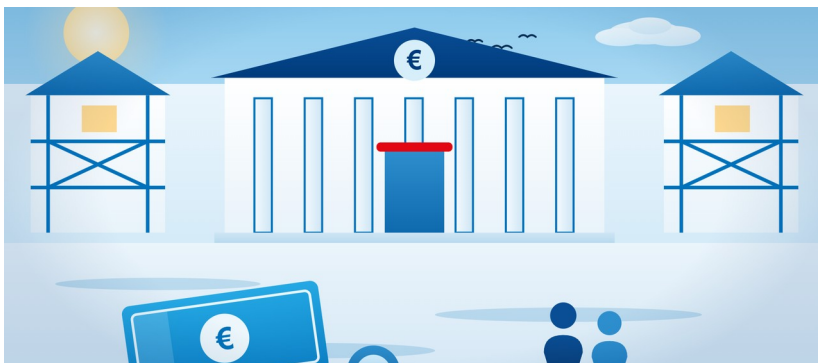
Finanzielle oder organisatorische Unterstützung migrationspolitischer Vorfeldorganisationen durch kommunale Stellen lehnt die AfD Nienburg-Schaumburg ab.

5. Verantwortung vor Ort wahrnehmen

Kommunalpolitik ist die Politik mit der höchsten Nähe zum Volk. Ein Rat ist nicht allein eine verwaltende Behörde!

AfD-Ratsmitglieder werden bürger- und realitätsnahe Politik betreiben. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst und werden regelmäßig den Kontakt zu den kommunalen Bürgern suchen, um die Stimme des Volkes zu hören und das verlorene Vertrauen in die Politik ihrer Gemeinden wieder aufzubauen.

Nur so können Stadträte und Kreistage mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden legitimen Mittel Verantwortung übernehmen, Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen und konstruktiv wandeln. Veränderung beginnt vor Ort – sachlich, rechtssicher und verantwortungsbewusst.



KAPITEL 2

BARGELD BLEIBT! WAHLFREIHEIT STATT KONTROLLE.

Geld- und Währungspolitik

Stabilität und Wahlfreiheit sichern

Geld- und Währungspolitik wird auf europäischer Ebene gestaltet – ihre Auswirkungen zeigen sich unmittelbar im kommunalen Alltag. Städte, Gemeinden und Landkreise sind dort betroffen, wo Bürger Gebühren entrichten, Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen und öffentliche Einrichtungen nutzen.

Aufgabe der kommunalen Politik ist es, den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Leistungen sicherzustellen und neue Abhängigkeiten oder Einschränkungen bürgerlicher Freiheit zu vermeiden.

UNSERE FORDERUNG

Die AfD setzt sich für den Erhalt der Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr ein! Egal ob bar, bargeldlos oder in Kryptowährung – der Bürger muss die Wahlfreiheit behalten.

Dies gilt insbesondere für staatliche Gebühren und Abgaben; auch darauf wird die AfD Nienburg-Schaumburg hinwirken.

1. Bargeld als kommunales Zahlungsmittel sichern

Bargeld ist ein bewährtes und allgemein zugängliches Zahlungsmittel. Es ermöglicht allen Bürgern die Teilnahme am öffentlichen Leben – unabhängig von Alter, technischer Ausstattung oder digitaler Kompetenz. Gerade im kommunalen Bereich, etwa bei Verwaltungsgebühren, Eintrittsgeldern oder sonstigen Abgaben, ist Bargeld für viele Menschen unverzichtbar.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass kommunale Einrichtungen dauerhaft bargeldfähig bleiben. Öffentliche Leistungen dürfen nicht faktisch an digitale Zahlungsmittel gebunden werden. Der Zugang zu kommunalen Angeboten muss für alle Bürger gleichermaßen gewährleistet sein.

Bargeld ist aus zwei wichtigen Aspekten heraus betrachtet unverzichtbar:

- **Der integrative Aspekt:** Eingeschränkte Menschen sind ohne Bargeld nicht in der Lage, einen Einkauf durchzuführen – dies wäre ein fataler Einschnitt in die Gestaltung ihrer Eigenständigkeit.
- **Der pädagogische Aspekt:** Ebenso darf der erziehungstechnische Effekt durch den Umgang mit Bargeld nicht verloren gehen. Der Umgang mit Geld muss gelernt werden. Kartenzahlung lässt keinen Bezug zum Geld entstehen – hier entsteht die Gefahr der Überschuldung.

2. Inflationierung durch die aktuelle Schuldenpolitik stoppen

Nicht jeder Bürger ist ein Börsenmogul. Viele Anleger legen ihr Geld immer noch in Sparbüchern fest oder haben es im „Sparstrumpf“. Durch die unverantwortliche Schuldenpolitik des Bundes verfällt allerdings der Wert ihres Geldes, auf das sie z. B. im Alter angewiesen sind.

Die Inflationsrate erreicht immer neue Rekordwerte – kurz: Der Bürger spart sich arm. Die AfD wendet sich daher strikt gegen die aktuelle Schuldenpolitik der Regierung, die das Geld inflationiert und den Wert, das heißt die Kaufkraft, Jahr für Jahr reduziert.

3. Keine geldpolitischen Experimente

Digitale Zentralbankwährungen und vergleichbare geldpolitische Instrumente werfen grundlegende Fragen hinsichtlich des Datenschutzes, der Nachvollziehbarkeit von Zahlungsströmen und

möglicher Überwachung auf. Ihre Einführung würde tief in die finanzielle Privatsphäre der Bürger eingreifen.

Die AfD lehnt die Einführung, Erprobung oder Unterstützung digitaler Zentralbankwährungen sowie anderer geldpolitischer Experimente auf kommunaler Ebene ab. Kommunen dürfen nicht als Testfeld für neue Zahlungs- oder Steuerungsmodelle herhalten, deren Auswirkungen auf Freiheit, Selbstverwaltung und Alltag der Bürger nicht absehbar sind.

Ein Gesetz zur Abschaffung der steuerlichen Befreiung privater Krypto-Gewinne nach der derzeit bestehenden Haltefrist lehnen wir ab. In diesem Zuge werden wir uns europapolitisch dafür einsetzen, dass keinerlei EU-Regulierung (MiCA) auf das Bitcoin-Protokoll greift und keine strengen Registrierungspflichten für „Self-Custody-Wallets“ eingeführt werden.

4. Regionale Bankenstruktur erhalten – EU-Pläne stoppen

Unsere kommunalen Banken (Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken) sind als Ansprechpartner und Anbieter vor Ort für Wirtschaft und Bürger wichtig. Diese Banken arbeiten bürgernah und bieten neben ihrer verantwortungsvollen Beratungstätigkeit Kredite, Bargeld, Kapitalanlagen und die Möglichkeit des digitalen Zahlungsverkehrs.

Die Bestrebungen der EU zur Abschaffung der Gewährträgerhaftung sind daher abzulehnen, da diese die kommunalen Banken weiter schwächen würden.



KAPITEL 3

FINANZEN: BÜRGER ENTLASTEN – GRUNDSTEUER ABSCHAFFEN!

Finanzen und Steuern

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – Bürger entlasten

Solide Finanzen sind die Grundlage jeder kommunalen Politik. Städte, Gemeinden und Landkreise können ihre Pflichtaufgaben nur dann zuverlässig erfüllen, wenn sie finanziell handlungsfähig bleiben und nicht durch ständig wachsende Belastungen von Bund und Land überfordert werden.

Gleichzeitig erwarten die Bürger zu Recht, dass Steuern, Beiträge und Gebühren gerecht erhoben, sparsam verwendet und kommunale Mittel verantwortungsvoll und in ihrem Sinne eingesetzt werden. Ausgaben, die ihrer Sache nicht dienlich sind, gehören eingespart.

1. Grundsteuer: Ungerechtigkeit beenden

Deutschlands Bürger besitzen im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern seltener ein Eigenheim, das auch der Altersvorsorge dienlich ist. In Nienburg liegt die Eigenheimquote bei 58,3 % – ein hoher Wert im Ländervergleich. Allerdings liegt die Eigenheimquote in Rumänien bei über 93 %.

Ein Eigenheim bietet Altersvorsorge, Schutz und die Motivation, dies durch Arbeitsleistung zu erhalten. Die AfD möchte den Erwerb von Eigenheimen für kommunale Bürger erleichtern. Dies kann gelingen,

wenn die finanzielle Last durch die Kommunen in einem kalkulierbaren, wohlwollenden Rahmen begrenzt bleibt. Eine Möglichkeit der Entlastung bietet die Grundsteuer.

Die Anpassung der Grundsteuer an die Lage eines Objektes lehnt die AfD ab. Nur weil eine Immobilie in guter Lage liegt, verdient der Eigentümer nicht mehr Geld. Bei gleichem Einkommen muss er eine höhere Grundsteuer zahlen – was vorher leistbar war, wird nicht kalkulierbar.

Die Grundsteuer belastet insbesondere Menschen, die sich ihr Wohneigentum über Jahre hinweg selbst erarbeitet haben und häufig noch lange die Finanzierung dafür tragen. Für Mieter wirkt sich die Grundsteuer zu einem erheblichen Teil auf die Nebenkosten aus. Da Wohnen in Deutschland sehr teuer ist, müssen auch Mieter entlastet werden.

UNSERE FORDERUNG

Darum fordert die AfD Nienburg-Schaumburg die Abschaffung der Grundsteuer.

2. Grunderwerbsteuer

Der Immobilienmarkt ist eine treibende Kraft, die alle politischen Bereiche beeinflusst und vernetzt.

Das Bauen oder Kaufen einer Immobilie ist in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch regierungsbefeuerte Inflation – erheblich teurer geworden. Für junge Familien mit Durchschnittseinkommen ist die Realisierung des Traums vom Eigenheim unter normalen Voraussetzungen nicht mehr leistbar.

Firmen überlegen sich in dieser schwer einzuschätzenden Situation, ob sie räumlich expandieren, obwohl Produktionsstätten die Produktion erhöhen, was Nachfrage deckt. Nachfrage und Produktion erhöhen die Steuereinnahmen der Kommunen – ebenso wie jedwede Form der Investition in Immobilienvermögen. Jeder Traum verlangt seine Ausgestaltung!

Die Grunderwerbsteuer verteuert unnötig den Erwerb von Bau-, Grün- und Ackerland. Sollte ein Landwirt in der Lage sein, sich für die Produktion von Lebensmitteln Land zu kaufen, muss auch dieser (von

geringen Ausnahmen abgesehen) draufzahlen. Mehr Lebensmittel im kommunalen Raum lassen die Preise im Sinne der Bürger fallen.

Die AfD Nienburg-Schaumburg fordert die Abschaffung der Grunderwerbsteuer. Die Vorteile sind klar erkennbar:

- Schaffung von eigenem Wohnraum, Bekämpfung der Wohnungsnot.
- Steuereinnahmen über andere Steuerarten: Umsatz-, Körperschafts-, Mehrwert- sowie Einkommen- und Lohnsteuer.
- Ankurbeln der Baubranche und damit des Arbeitsmarktes.
- Die Produktivität der regionalen Landwirtschaft wird gesteigert; die Vielfalt im Regal der lokalen Verbrauchermärkte sorgt für mehr Auswahl, und die Preise fallen.
- Wertstabile Altersvorsorge: Wir werden uns bundesweit dafür einsetzen, dass auch Wohnraumsicherung im Alter sinnvoll über eine betriebliche Versorgung aufgebaut werden kann.

3. Straßenausbaubeiträge abschaffen

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist sozial und wirtschaftlich ungerecht – wir lehnen sie ab. Grundstückseigentümer, Arbeitnehmer und Kfz-Besitzer zahlen bereits über nicht unerhebliche Steuerlasten für die Straßeninfrastruktur.

Der Steuerzahler kann erwarten, dass seine Räte in der Lage sind, langfristig zu kalkulieren und vorhandene wie zu erwartende Einnahmen bedarfsgerecht zu planen. Umgestaltungen dürfen nicht chaotisch dem Einzelnen aufgebürdet werden.

Spontane, hohe Einmalzahlungen belasten die Betroffenen häufig existenziell. Insbesondere Rentner und junge Familien haben diese Rücklagen oft nicht; sie müssen um ein Darlehen mit erheblich gestiegenen Darlehenszinsen kämpfen. Dabei stehen kommunale Straßen allen Nutzern gleichermaßen zur Verfügung – Anwohnern ebenso wie Lieferdiensten, Entsorgungsfahrzeugen, Rettungsdiensten und dem allgemeinen Verkehr.

4. Konnexitätsprinzip konsequent durchsetzen

Die Landkreise Nienburg und Schaumburg mit ihren Kommunen übernehmen eine Vielzahl staatlicher Pflichtaufgaben, die ihnen durch Bundes- und Landesgesetze übertragen werden. Dazu zählen unter anderem:

- Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II,
- Eingliederungshilfe nach dem SGB IX,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII.

Diese vom Bund den Kommunen auferlegten Sozialhilfen bilden einen riesigen Kostenapparat. Obligatorische Pflicht des Bundes wäre es, diese Ausgaben zu tragen und den Landkreisen eine auskömmliche und zuverlässige Finanzierung für die Durchführung zur Verfügung zu stellen.

Hier wird das Konnexitätsprinzip regelmäßig auf Kosten der Kommunen verletzt. Die AfD fordert daher die konsequente Anwendung des Grundsatzes „Wer bestellt, bezahlt“. Neu übertragene oder ausgeweitete Aufgaben müssen vollständig und dauerhaft durch Bund oder Land finanziert werden.

Damit geht die AfD mit den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens konform, die ihre Resolution „Rettet die Kommunen“ am 27.05.2026 an Ministerpräsident Olaf Lies (SPD, Niedersachsen) übergaben. Darin wird vom Land gefordert, das Sozialhilfesystem strukturell zu überarbeiten und das Konnexitätsprinzip in Gänze für neue Durchführungsanweisungen anzuwenden.

5. Schlanke und leistungsfähige kommunale Verwaltung

In vielen Kommunen ist in den vergangenen Jahren ein stetiges Anwachsen der Verwaltung zu beobachten, ohne dass dies mit einer entsprechenden Steigerung von Effizienz und Bürgerfreundlichkeit einhergeht. Vielmehr ist zu sehen, dass gerade Kontrollprinzipien immer stärker verfolgt werden und umsichtige Bürger bei kleinsten Vergehen empfindlich finanziell abgestraft werden.

Straßenverkehrsämter sind nicht in der Lage, bereits zur Verfügung gestellte Informationen zu sichern und bei der nächsten Kfz-Anmeldung zu verwenden – jedes Mal sind sämtliche Unterlagen, auch die eines Unternehmens, erneut beizubringen. Gleichzeitig klagen Bürger über lange Bearbeitungszeiten, insbesondere bei Bauanträgen und Genehmigungsverfahren. Oft werden teure Anträge begründungsarm abgelehnt, während gleichzeitig Wohnraummangel beklagt wird. Wir stellen uns Bürgerfreundlichkeit anders vor.

Die AfD fordert eine kostenlose Antragsprüfung nach Ablehnung eines Bauantrages.

Die AfD setzt sich für eine Konzentration der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben ein. Die örtliche Verwaltung ist kein Kontrollgremium: Sie wird aus Steuergeldern der Bürger finanziert und hat sich als Dienstleister zu verstehen. Prüfungen haben wohlwollend, freundlich und im Zweifel positiv für den Bürger zu erfolgen.

Verwaltungsstrukturen sind regelmäßig zu überprüfen, Doppelstrukturen abzubauen und Verfahren zu vereinfachen. Ideologisch motivierte Sonderstrukturen und Beauftragungen ohne erkennbaren Nutzen für die Bürger tragen nicht zur Leistungsfähigkeit der Verwaltung bei. Ziel ist eine effiziente, serviceorientierte und handlungsfähige Kommunalverwaltung!

6. Haushaltsdisziplin und klare Prioritätensetzung

Das Interesse und Wohlergehen der Bürger hat im Mittelpunkt des kommunalen Haushaltsplans zu stehen – gerade bei den grundsätzlichen Bedarfen wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, sozialer Integrität und Integration, Sicherheit und Bildung. All dies bedient sich einer gefestigten Infrastruktur und präziser, sachlicher Verwaltung.

Die AfD setzt sich für eine transparente Haushaltsführung ein, bei der Ausgaben regelmäßig überprüft und nachvollziehbar priorisiert werden. Ferner muss das Kosten-Nutzen-Verhältnis gewinnbringend sein. Investitionen, die wenig oder keinen Nutzen für die gesamte Gesellschaft bringen, gehören unterbunden. Neue Ausgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung langfristig gesichert ist.

Symbolpolitik und kostspielige Prestigeprojekte, die auf Minderheiten abzielen und diese in den Vordergrund rücken, widersprechen dem Gleichstellungsprinzip und schwächen die kommunale Leistungsfähigkeit – darum lehnt die AfD Nienburg-Schaumburg diese ab.

Bei einer finanziellen Schieflage der Kommune müssen automatisch und alternativlos ausgearbeitete Konzepte greifen, die den Haushalt sichern und vor Neuverschuldung schützen.

7. Verschuldung begrenzen und Kassenkredite abbauen

Im Land Niedersachsen beträgt das kommunale Defizit 3,6 Milliarden Euro. Die Kommunen in den Kreisen Nienburg und Schaumburg leiden unter einer hohen strukturellen Verschuldung. Begründet liegt dies zumeist in den stark angestiegenen Sozialleistungen und den wachsenden Zinslasten.

Besonders problematisch ist der umfangreiche Einsatz teurer Kassenkredite, die ursprünglich zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gedacht waren, inzwischen jedoch dauerhaft zur Finanzierung laufender Ausgaben genutzt werden.

Dies ist für die Kommunen unangenehm und kostspielig – für die Geschäftspartner, die im Anschluss auf ihren Rechnungsausgleich warten, existenziell! Deutlich zeigt sich dies in der Baubranche: Kleinere Bauträger bewerben sich häufig nicht auf öffentliche Ausschreibungen, da sie die Kosten nicht so lange vorhalten können, bis eine neue Liquiditätssicherung für sie anläuft. Der gesunde Wettbewerb schränkt sich ein, große Unternehmen können die Preise bestimmen, was die Kassen zusätzlich belastet. Kleine Unternehmen, die den Umsatz bräuchten, melden Insolvenz an oder sind nicht in der Lage, die Löhne an die der großen Konzerne anzugleichen, und geben auf, da ihnen die Mitarbeiter weglaufen.

Die AfD fordert einen konsequenten Abbau dieser Schulden. Neue Kredite dürfen nicht zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben (ohne langfristigen Nutzen) aufgenommen werden. Entschuldungsprogramme von Land und Bund können nur dann wirksam sein, wenn sie mit klaren Konsolidierungsmaßnahmen verbunden sind und die strukturellen Ursachen der Verschuldung beseitigen. Ziel bleibt eine langfristig tragfähige kommunale Finanzstruktur.

8. Kommunalen Finanzausgleich gerechter gestalten

Im Jahr 2025 lag die Zuweisungsmasse des kommunalen Finanzausgleichs des Landes Niedersachsen bei 5,51 Milliarden Euro. Der kommunale Finanzausgleich ist ein zentrales Instrument zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in finanziell unterschiedlich starken Regionen. In seiner derzeitigen Ausgestaltung benachteiligt er jedoch vielfach ländliche Räume und strukturschwächere Kommunen.

Pauschale Verteilungsmechanismen werden den unterschiedlichen Aufgabenlasten und regionalen Besonderheiten nicht gerecht.

Brandaktuell fordern die oben benannten Spitzenverbände Niedersachsens vom Land, den kommunalen Finanzausgleich im Doppelhaushalt 2027/2028 um mindestens 1 Milliarde Euro zu stärken.

Kommunen werden seit Jahren zur Schuldenbank der Nation gemacht (Nienburg-Online, 28.05.2026). Sie stopfen Löcher, die die Bundespolitik verursacht – der kommunale Bürger zahlt „die Zeche“.

Die AfD setzt sich für einen transparenten und leistungsgerechten kommunalen Finanzausgleich ein. Es ist wichtig, besondere Bedingungen in die Zuweisung mit einzubeziehen. Ziel ist es, allen Kommunen eine verlässliche finanzielle Grundlage zu sichern, die angemessen ist, ohne Fehlanreize zu schaffen oder kommunale Eigenverantwortung zu untergraben.

9. Steuerverschwendung bekämpfen

Die AfD möchte die Kommunalaufsicht und den Rechnungshof stärken, um fahrlässige oder gar vorsätzliche Mittelverschwendung zu bekämpfen. Wir stellen uns damit klar gegen die aktuelle Politik, die gerade beim Bundesrechnungshof massive Stellenkürzungen vornehmen will.

Aktuell zeichnet sich folgender Trend ab: Der Bürger wird stoisch kontrolliert und in Entscheidungen eingeschränkt (die Personalkosten der Verwaltung steigen), die Regierung verschleiert, wo sie kann (Personalkosten im Rechnungshof und in der Kommunalaufsicht sollen eingespart werden).



KAPITEL 4

KINDER SCHÜTZEN, FAMILIEN STÄRKEN!

Familie und Demografie

Familien stärken. Zukunft sichern. Heimat bewahren.

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. In ihnen werden Werte vermittelt, Verantwortung gelernt und Zusammenhalt gelebt. Gerade auf kommunaler Ebene entscheidet sich, ob Familien Unterstützung erfahren, ob Kinder sicher aufwachsen und Eltern echte Wahlfreiheit haben.

Die AfD steht für eine familienorientierte Politik, die Leistung anerkennt, Elternrechte achtet und Kinder schützt. Kommunen müssen Rahmenbedingungen schaffen, die es Eltern ermöglichen, ihre Kinder eigenverantwortlich großzuziehen – denn das wollen sie. Familien bedürfen Entlastung statt Bevormundung, Kinder Förderung statt Verunsicherung. Familien sichern die Struktur und Entwicklung unserer Bevölkerung.

1. Demografische Zukunft sichern – Mehr Kinder für ein stabiles Gemeinwesen

Der anhaltende Geburtenrückgang gefährdet bundesweit langfristig Kultur, Wirtschaftskraft, soziale Sicherungssysteme und kommunale Leistungsfähigkeit. Niedersachsen erweist sich als das bundesweit

geburtenstärkste Land – was darauf hindeutet, dass unsere Familienpolitik tendenziell eine bessere ist. Ja, wir sind stolz!

Ein Beispiel: Ein Kindergartenplatz in Niedersachsen ist für alle Kinder ab dem 3. bis zum 8. Lebensjahr kostenfrei. In NRW muss einkommensabhängig für die Betreuung des Nachwuchses – egal welchen Alters – gezahlt werden.

Die AfD denkt zukunfts- und standortpolitisch, darum gilt der Familie ihr Primärinteresse. Kinder sind unsere beste Option, sie bereichern uns – jedes auf einzigartige Art und Weise. Kinder sind neugierig, emotional ehrlich, manchmal unglücklich, voller Überraschungen und Spielwitz. In erster Linie aber sind sie nicht politisch! Darum soll es ihnen gut gehen, und wir bedenken Folgendes:

1.1 Familien als Fundament der Gesellschaft – Verantwortung anerkennen, Familien fördern

Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern ist der zentrale Ort von Erziehung, Wertevermittlung und sozialer Stabilität. Sie ist nicht ein Lebensmodell unter vielen, sondern der tragende Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Der Staat hat gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes nicht nur eine Schutz-, sondern auch eine aktive Förderpflicht gegenüber Familien, der er zurzeit nur beiläufig nachkommt. Der Anteil unserer Kinder und Jugendlichen, die an psychischen Störungen leiden, liegt jährlich bei 20 % – Tendenz steigend. Pädagogen und Soziologen werden nicht gehört: Erziehung in starken Familien führt zu gesunden, psychisch starken jungen Menschen.

UNSERE FORDERUNG

Fazit: Ohne starke Familien gibt es kein starkes Deutschland.

Eine ausschließlich institutionelle Erziehung, wie sie heutzutage aus finanzieller Notlage heraus gelebt wird, lehnt die AfD Nienburg-Schaumburg konsequent ab.

1.2 Familienvielfalt anerkennen – Leitbild stärken, Realität respektieren

Das Leitbild von Vater, Mutter und Kindern bleibt Grundlage unserer Familienpolitik. Gleichzeitig erkennen wir an, dass unterschiedliche Lebenswege zu unterschiedlichen Familienformen führen.

Sprechen wir von Alleinerziehenden, die neben der Kindererziehung in Teilzeit oder sogar Vollzeit zur Arbeit gehen, um der kleinen Familie ein würdiges Leben, gute Bildung und soziale Einbindung zu sichern: Hier fordern wir mehr finanzielle und soziale Unterstützung, um die Erziehung in einer auch finanziell gesunden Familie sicherzustellen.

Sprechen wir von gleichgeschlechtlichen Eltern-Familien: Hier gilt selbstverständlich eine gleichwertige Behandlung, Gleichbehandlung sowie Akzeptanz dieser Familienform.

2. Wahlfreiheit und Vereinbarkeit – Eltern entscheiden, nicht der Staat

Wahlfreiheit ist ein zentrales familienpolitisches Prinzip. Eltern müssen eigenständig entscheiden können, ob sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst betreuen oder Betreuungsangebote in Anspruch nehmen möchten. Diese Entscheidung darf weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich erzwungen werden.

Tatsächlich haben Familien aus wirtschaftlicher Sicht oft keine Wahl und lassen ihre Kinder in Institutionen ohne Nestwärme grundversorgen. Eine individuelle Erziehung unter Einbezug diverser weltlicher Ansichten findet nicht mehr statt; es fehlt an Vielfalt im Denken und an Bewegungserfahrung. Dies verhindert zukünftige, kontroverse Diskussionen, die zu einer positiven Weiter- und Werteentwicklung der Gesellschaft führen.

Fakt ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger häufig gegen eine Familie entscheiden, da das Aufziehen des Nachwuchses nicht mehr in ihrer Macht liegt oder sie finanziell überlastet. Das müssen wir ändern:

3. Familien finanziell entlasten – Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein

Familien müssen sich Kinder leisten können. Finanzielle Belastungen dürfen die Familiengründung nicht verhindern. Die AfD setzt sich für

spürbare und verlässliche Entlastungen ein. Dazu gehören unter anderem:

- die Rückzahlung von Rentenbeiträgen in Höhe von 20.000 Euro je Kind,
- ein Betreuungsgehalt bis zum dritten Lebensjahr,
- ein steuerliches Familiensplitting mit erhöhtem Kinderfreibetrag,
- eine reduzierte Mehrwertsteuer von 7 Prozent auf Produkte des Kinderbedarfs.

Für Niedersachsen fordern wir ergänzend konkrete familienpolitische Maßnahmen:

- einen einmaligen Babybonus in Höhe von 2.000 Euro als Gutschein für die Anschaffung von Babyartikeln für jedes neugeborene Kind – ab dem dritten Kind zusätzlich 500 Euro,
- ein monatliches Familiengeld von 125 Euro pro Kind bis zum vollendeten 36. Lebensmonat.

Diese Leistungen sollen ausschließlich für Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit und Hauptwohnsitz in Niedersachsen gelten. Ziel ist es, Familien frühzeitig finanziell zu entlasten, Elternschaft zu erleichtern und die Geburtenrate nachhaltig zu steigern.

Es muss Geld für Hebammen und Erziehungsberatungen gestellt werden, die – so gewünscht – sofort nach der Geburt verfügbar sind. Viele, gerade junge Familien wissen nicht, wie Fürsorge und Erziehung funktionieren, da es keine Großfamilien mehr gibt oder sie selbst hauptsächlich in Institutionen aufgewachsen sind. Diese jungen Menschen scheuen sich darum, eine Familie zu gründen, oder sind nicht in der Lage, ihren Nachwuchs fürsorglich zu fördern.

4. Eltern entlasten – Bindung ermöglichen

In den ersten Lebensjahren ist es von Wichtigkeit, dass ein Elternteil sein Kind persönlich versorgen kann – hierdurch darf es zu keinerlei finanziellen Engpässen im Familienetat kommen. Der Staat schafft hierfür die Rahmenbedingungen.

Die AfD vertritt die Auffassung, dass die Verantwortung für Bildung und Erziehung einzig bei der Familie liegt, um gute, differenzierte Entwicklungswege zu erzielen, die eine produktive Vielfalt entstehen lassen. Nestwärme sorgt für psychische Stabilität und Gesundheit. Individuelle Erziehung fördert eine individuelle Entwicklung des Kindes, sichert selbstständiges Denken, das Entdecken eigener Interessen sowie

eine eigene Meinungsbildung. Ferner fördert ein geschütztes, sozial stabiles Aufwachsen die soziale Kompetenz.

5. Elternrechte schützen – Kein staatlicher Zugriff durch neue Kinderrechte

Kinder besitzen bereits umfassende Grundrechte. Eine Ausweitung von Kinderrechten im Grundgesetz, die Elternrechte weiter einschränkt, lehnen wir ab, da sie staatliche Eingriffe in die Familie erleichtern würde.

Eine dringende Änderung brauchen wir im Rahmen des Jugendschutzes bei § 182 Abs. 3 StGB. Hier lässt das Gesetz sexuelle Handlungen deutlich älterer Personen (ab 21 – ohne Einschränkung nach oben) mit 14-Jährigen im Grundsatz zu, wenn kein Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden besteht. Die AfD Nienburg-Schaumburg plädiert in diesem Fall für die Anhebung der Schutzaltersgrenze auf 16 Jahre. Manipulation und kulturelle Zwänge können dazu führen, dass die fehlende Fähigkeit zur sexuellen Selbstbestimmung bei 14- und 15-Jährigen nicht wahrnehmbar bleibt.

Um Elternrechte zu stärken und Bildung erfolgreicher werden zu lassen, müssen die Ministerien zusammengelegt werden. Bildung und Familie sind untrennbar miteinander gekoppelt.

6. Digitaler Kinderschutz – Kinder auch online schützen

Kinder müssen nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im digitalen Umfeld geschützt werden. Die AfD Nienburg-Schaumburg wird in den Kommunen Aufklärung, Medienkompetenz und Elternberatungen unterstützen, um Cybermobbing, Grooming und Überforderung durch soziale Medien entgegenzuwirken.

Eltern sollten in die Lage versetzt werden, ihrem Nachwuchs noch genügend Lebensenergie widmen zu können. Ist ein ausreichend interessantes Angebot in sozialer Einbettung verfügbar, wird das digitale Spielfeld zur Nebensache. Durch die Distanz zum Netz werden Kinder und Jugendliche weniger greifbar.

Schulen sollten, wie grundsätzlich rechtlich verankert, keine politischen Kampagnen fahren, um diese Ressourcen für wichtige Veranstaltungen wie die Aufklärung ihrer Schüler im medialen Bereich zu nutzen.

7. Schutz ungeborenen Lebens – Unterstützung statt Verdrängung

Schwangere in schwierigen Situationen benötigen Beratung, Hilfe und konkrete Unterstützung – von Beginn der Schwangerschaft an bis mindestens zum 3. Monat nach der Geburt. Dies versorgt sie mit Zuversicht während der Schwangerschaft und mit Mut, das Ungeborene versorgen zu können.

Das ungeborene und junge Leben verdient Liebe, Schutz und Wertschätzung, die schwangere und junge Mutter den größten Respekt. Wird beiden die ihnen zustehende höchste Wertigkeit beigemessen, wird die Mutterrolle gestärkt und erneut attraktiv.

8. Trennungsfolgen mindern – Kinder brauchen beide Eltern

Im Landkreis Nienburg werden im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Ehen geschieden. Dieser Trend manifestiert sich in den letzten Jahren und führt zu einer problematischen Lage bei den Gerichten und in den Jugendämtern, da der Streit ums Aufenthaltsbestimmungsrecht durch die Eltern häufig auf Kosten der Kinder ausgelebt wird – wobei 93 % der Streitigkeiten zugunsten der Mütter ausfallen.

Es ist fraglich, ob dieser Zuspruch noch zeitgemäß ist, denn Mütter befinden sich ebenfalls deutlich häufiger in Arbeit als noch vor einigen Jahrzehnten. Weiter ist zu verfolgen, dass vor Gericht mit harten Bandagen gekämpft wird; beiderseits werden Aussagen getätigt, die Aktivitäten des Jugendamtes notwendig machen. Gerne möchte ein Elternteil die alleinige Macht übernehmen, um über die Belange seines Kindes zu entscheiden – auch, um den gegnerischen Part zu demütigen. Dabei sind nach Trennung oder Scheidung beide Eltern gemeinsam verantwortlich.

Eine Scheidung, die seelische Schäden am Kind hinterlässt, muss durch vermehrte Aufklärung und Mediation aufgefangen werden. Falschaussagen im Sorgerechtsstreit müssen geahndet werden, um das Kind umfangreich zu schützen. Denn ein zu Unrecht verunglimpfter Elternteil wird sich davon nur schwer erholen und verliert die ihm naturgegebene Persönlichkeit, die das Kind kennt und in der Regel liebt. Im Umkehrschluss hinterfragt das Kind, ob diese Anschuldigungen wahr sein könnten, und verliert das Vertrauen zu diesem Elternteil.

Nur wenn es gelingt, beide Parteien aufeinander abzustimmen und für die Lage ihres Nachwuchses zu sensibilisieren, ist es möglich, ein gutes Wechselmodell zu fahren, welches die AfD priorisiert.

Ein faires Unterhalts- und Steuerrecht würde für eine positive Grundstimmung Sorge tragen. Die AfD wird aus der Kommune heraus auf den Bund einwirken, um für Gerechtigkeit in diesen Systemen Sorge zu tragen.

93 % der Väter werden nach einem Sorgerechtsstreit unterhaltspflichtig, das heißt, sie versorgen weiterhin ein oder mehrere Kinder finanziell – darum gehören sie in Steuerklasse 2 eingestuft. Um für weitere Fairness Sorge zu tragen, fordert die AfD, das Einkommen des Unterhaltsbeziehenden mit in die Berechnung einfließen zu lassen. Ein Kind was finanziell versorgt ist, ist finanziell versorgt es bedarf keiner Überversorgung.

9. Frühkindliche Versorgung durch Kitas, Tagesmütter und Fröhschulen

Wir setzen uns für den Erhalt und die Wiedereinrichtung von Förderschulen sowie für die Entwicklung von Fröhschulen ein, die zur geregelten frühen Bildung ein therapeutisches Versorgungswerk mit Logopäden, Sprachentwicklungsexperten, Ergo- und Physiotherapeuten, Lerntherapeuten und Kinder-Psychotherapeuten stellen.

Diese Schulen bieten differenzierte Lernprogramme, gepaart mit besonderen Bewegungsangeboten, an. Sie richten sich an Kinder vom 5. bis 7. Lebensjahr, deren Elternwunsch diese Schulform empfiehlt. In unseren Kommunen fehlt es an gesundheitlicher Grundversorgung. Hier können Kinder in Gruppen therapiert werden – das schafft Platz bei Einzeltherapieplätzen außerhalb der Schule. Ebenfalls können Kinder versorgt werden, deren Eltern nicht in der Lage sind, sich eigeninitiativ zu kümmern.

Eltern und Lehrer entscheiden gemeinschaftlich, welches Angebot das Kind wahrnehmen soll. Es muss zu einer Zusammenarbeit von Schule, Jugendämtern und Krankenkassen kommen, um das therapeutische Angebot finanziell zu decken. Hier dürften erhebliche Kosten für die Krankenkassen und den öffentlichen Jugendhilfeträger eingespart werden, da mehrere Kinder mit einer Sitzung erreicht werden und präventiv vorgesorgt wird, bevor Defizite in der Entwicklung des Kindes den Schulalltag unmöglich werden lassen.

Wir fordern die Stärkung von Dorf-Kitas und Kleinkindgruppen in den Kommunen der Kreise Nienburg und Schaumburg sowie Deutsch als verbindliche Sprache in diesen Institutionen – auch für das dort eingesetzte Personal.

Um Eltern die Möglichkeit zu geben, in ihrem Sinne am Erwerbsleben teilzuhaben, ist es notwendig, eine ausreichende Anzahl von Tagesmüttern zur Verfügung zu haben. Durch den Geburtenrückgang sind diese rar geworden. Es muss sich auch bei einer kleineren Anzahl zu versorgender Kinder lohnen, Tagesmutter zu sein. Räumlichkeiten sollten von den Kommunen gestellt werden.

10. Die familienfreundliche Kommune – Lebensqualität vor Ort sichern

Eine familienfreundliche Kommune beginnt bei einer familienfreundlichen Schule: Jede Schule hat jede Familie und deren Nachwuchs – egal in welcher Form, Funktionalität und Herkunft – wohlwollend zu fördern. Nicht jede Familie läuft rund und schulisch so organisiert wie gewünscht. Dies hat zu einer wohlwollenden, sensiblen Förderung des Schülers und nicht zu dessen Ausgrenzung zu führen. Hier braucht es den Schulsozialarbeiter, der in der Lage ist, den korrekten Rahmen von Förderung und Begrenzung durch die Lehrer zu sichern und die Familie zu stärken.

Grundsätzlich sollte sich jede Familie in einer Kommune Nienburg-Schaumburg wohlfühlen, die sie finanziell nicht überfordert und ihr die Möglichkeit gibt, sich im Rahmen ihrer Wünsche und Ziele entfalten zu können. Hierfür finden sich Vereine, Religionsgemeinschaften, die Feuerwehr, Musikschulen und Chöre, aber auch Möglichkeiten im öffentlichen Raum.

Lebensnotwendige Einrichtungen sind gut und schnell zu erreichen. Es gibt eine ausreichende medizinische Versorgung.

Parkplätze für Mütter und Väter mit kleinen Kindern werden in der Nähe von Einkaufsstätten und öffentlichen Organisationen sichergestellt. Dasselbe gilt für Autofahrer mit Bewegungseinschränkungen.



GENERATION DEUTSCHLAND

Jung, mutig, heimatverbunden: Lernen Sie unsere neue Jugendorganisation kennen – und geben Sie diese Seite gerne an Ihre Kinder und Enkel weiter.

» **generationdeutschland.de**



SCANNEN!



KAPITEL 5

ORDNUNG DURCHSETZEN – ANGSTRÄUME ABSCHAFFEN!

Innere Sicherheit, Ordnung und kommunale Verantwortung

Sicherheit gewährleisten – Ordnung durchsetzen – Vertrauen stärken

Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Kommunen. In Schaumburg sehen sich Polizei und Behörden besonderen Herausforderungen durch die steigende häusliche Gewalt sowie verbale und physische Angriffe auf die Ordnungskräfte ausgesetzt.

Nach der Corona-Pandemie ist die Jugendkriminalität in Niedersachsen zunächst gestiegen; seit 2023 verzeichnet sie einen leichten Abwärtstrend. Nicht so die Gewalt- und Rohheitsdelikte, die durch Kinder (unter 14 Jahren) ausgeübt wurden – diese Zahl stieg bundesweit um 11 % im Jahr 2024. Oft handeln Kinder in Gangs und sind mit unter 14 Jahren nicht strafmündig. Die AfD Nienburg-Schaumburg wird den Antrag zur Herabsetzung des Strafbarkeitsalters auf 12 Jahre über die Kommunen in den Bundestag tragen, um Kinder davor zu schützen, in kriminellen Organisationen zu Tätern gemacht zu werden.

Die kommunalen Ordnungskräfte sollen für innere Sicherheit Sorge tragen. Ob das Vertrauen der Bürger in staatliches Handeln wiederhergestellt werden kann, wird sich in der kommunalen Gemeinschaft zeigen. Wir werden die Probleme, die sich in der

Sicherheitspolitik der letzten Jahre offenbart haben, offen und nüchtern benennen, um sie im Anschluss konsequent anzugehen.

Schade, wenn öffentliche Veranstaltungen abgesagt werden müssen, weil die innere Sicherheit kippt. Gemeinsames Feiern fördert die Gemeinschaft und damit den notwendigen Austausch in der kommunalen Bevölkerung.

UNSERE FORDERUNG

Sicherheit herzustellen ist keine Frage von Symbolpolitik, sondern von klaren Regeln, konsequenter Durchsetzung und sichtbarer Präsenz.

Die AfD macht den öffentlichen Raum wieder zu einem geschützten Raum für fröhliche Bürger, denn:

1. Ordnung, Sicherheit und öffentlicher Raum – Sichtbare Präsenz statt Wegsehen

Der niedersächsische Bürger verlässt den öffentlichen Raum. Innenstädte, Parks sowie Bahnhöfe werden begründet gemieden. Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau des kommunalen Ordnungsdienstes ein. Mehr Personal, mehr Präsenz und mehr Durchsetzungskraft durch gestärktes, nicht verunsichertes Personal ist notwendig, um Ordnung herzustellen. Regelmäßige und gezielte Kontrollen an Bahnhöfen, in Parks, Unterführungen und an bekannten Brennpunkten gehören dazu.

Eine konsequente Durchsetzung hat im Weiteren durch die Judikative (unabhängige rechtsprechende Gewalt) zu erfolgen. Rechtsprechung hat allen gegenüber gerecht, nachvollziehbar, transparent und nicht ideologisch zu sein. Grundlage der Rechtsprechung ist allein das Gesetz. Psychologische Gutachten bei schweren Straftaten haben im Verhältnis zur Tat nur im Hintergrund Beachtung zu finden. Ein gefährlicher Mensch bleibt zunächst ein gefährlicher Mensch – auch mit oder gerade wegen eines psychologischen Befundes.

Viele Bürger fühlen sich durch Ordnungsverstöße wie Belästigung, Vermüllung, Ruhestörung, aggressives Betteln und Verwahrlosung in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Darum sind diese konsequent zu

unterbinden. Jeder Bürger hat das Recht, sich unbehelligt in der Öffentlichkeit zu bewegen.

Viele öffentliche Räume werden aus Gründen von Einsparmaßnahmen nicht ausreichend ausgeleuchtet. Hier bilden sich sogenannte „Angsträume“, die es zu beseitigen gilt. Eine zügige Umstellung auf angenehmes LED-Licht dient sowohl der Sparsamkeit als auch dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger. Videoüberwachung kann an kriminalitätsbelasteten Orten eingesetzt werden; die Rechtssicherheit sollte vorher geprüft werden. Niemand sollte sich fürchten, wenn er über Wege und durch die Städte unserer Kommunen geht oder fährt.

2. Gefahrenabwehr und Problemimmobilien – Frühzeitig handeln, Quartiere schützen, Wohnkultur retten

Wer offenen Auges durch Niedersachsens Orte und Landschaften geht, sieht die Verarmung und soziale Isolation der Bevölkerung widerspiegelt im Zustand ihrer Immobilien. Die Menschen haben häufig nicht das Geld, ihre Immobilie instand zu halten, oder es fehlt an sozialer Struktur – etwa einer Familie, die sich um Omas Gehöft oder das kleine Häuschen kümmern möchte.

Aus ehemals gepflegten Anwesen oder ganzen Gewerbegebieten werden Problem- und Schrottimmobilien. Sie sind häufig Ausgangspunkt von Verwahrlosung, Kriminalität und sozialem Abstieg ganzer Wohnviertel und gefährden die Sicherheit der Bürger.

Kommunen müssen in Not geratene Immobilien bereits vor dem Verfall unter Beobachtung stellen, die Entwicklung verfolgen, im Zweifel den Grund des Zustandes herausfinden und versuchen zu vermitteln. Bekannte Problemimmobilien sind systematisch zu erfassen und zu dokumentieren.

Ist es für präventive Maßnahmen bereits zu spät, sollte bei Verstößen gegen Ordnung, Brandschutz oder Sauberkeit ermittelt werden, aus welchem Grund die Immobilie diesen Zustand erreicht hat und warum der Eigentümer nicht in der Lage ist, gegen den Verfall vorzugehen. Sollte der Immobilienbesitzer nicht ermittelbar sein oder keine Möglichkeit haben, die Immobilie zu erhalten, muss der Kommune nach sorgfältiger Prüfung die Möglichkeit gegeben werden, dem Zustand Abhilfe zu schaffen und die Immobilie im gemeinen Interesse zu nutzen.

3. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz – Einsatzbereitschaft sicherstellen

In unseren Kommunen sind Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz die tragenden Säulen der Sicherheit. Wir setzen uns für die Modernisierung von Feuerwehrgerätehäusern, Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung ein, um einen reibungslosen Einsatz in Notsituationen sicherzustellen.

Unseren Sicherungsdiensten muss die Gelegenheit zu regelmäßigen gemeinsamen Übungen gegeben werden. Sie haben aktuelle Gefahren- und Krisenpläne durchzuorganisieren und bereitzuhalten. Die Funktionalität der Ausstattung und Ausrüstung ist jederzeit sicherzustellen.

Ausbau und Erhalt der Warn- und Sireneninfrastruktur sowie der Zuwegung sind Grundlage eines schnell durchführbaren Einsatzes in Notsituationen. Sowohl die Jugendfeuerwehr als auch das ehrenamtliche Engagement verdienen besondere Förderung. Ziel ist die volle, unverzügliche Einsatzbereitschaft. Darum hat ein sofortiger Zugriff auf das Material in Notsituationen – auch in anderen Teilen unseres Landes – sichergestellt zu sein. Eine Verbringung ins Ausland lehnt die AfD strikt ab.

4. Jugend und kommunale Prävention – Fördern, wo es hilft, Grenzen setzen, wo es nötig ist

Die AfD Nienburg-Schaumburg möchte ihre Nachwuchsgeneration gut geschützt wissen, denn sie birgt die Zukunft unserer Kommunen. Kommunale Prävention beginnt früh. Jugendtreffs, mobile Jugendarbeit und präventive Angebote sind gezielt auszubauen, insbesondere in gefährdeten Bereichen. Gleichzeitig müssen klare Regeln gelten.

Besonders Alleinerziehende können mit ihren Kleinstkindern in größte Not geraten. Wir fordern Notstätten für die Kleinstkinder Alleinerziehender. Hier wissen Eltern ihre Kinder in einem Notfall spontan versorgt. Dies könnte im Angebot einer Tagesmutter stattfinden, die zurzeit durch den Geburtenrückgang unterbelegt sind. Tagesmütter sollten mit einem festen Stundensatz und nicht nach der Anzahl der zu betreuenden Kinder entlohnt werden, um ihre Tätigkeit zu erhalten.

Ebenso hat die Spontanversorgung von Kindern und Jugendlichen auf der Straße zu jeder Zeit möglich zu sein. Dazu werden 24/7-Anlaufstellen

eingerichtet, ausgemaldert und beleuchtet. Sie dienen der Grundversorgung und benötigen damit kein pädagogisches Personal.

Ordnung und Sicherheit sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Jugendarbeit. Darum ist das Hausrecht in städtischen Einrichtungen konsequent durchzusetzen. Schwimmbäder, Bibliotheken, Schulen und Freizeiteinrichtungen dürfen keine Konfliktzonen werden.

5. Migration, Integration und soziale Stabilität – Belastungsgrenzen beachten, Sicherheit priorisieren

Zur kommunalen Integration müssen alle Migranten einen gut strukturierten Eingliederungsplan durchlaufen. Sprachkurse, Praktika und Hospitationen in Betrieben sowie soziales Engagement müssen erfolgen, um die kommunalen, gesellschaftlichen Gepflogenheiten kennenzulernen und sich zu erarbeiten. Eine Kommune muss die Aufnahme eines Migranten ablehnen können, sobald diese Programme ausgeschöpft sind.

Ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund, die rechtlich die Möglichkeit haben, hier zu verbleiben, und die Grundlagen dafür schaffen, sollen in Wohnstätten untergebracht werden, die in einem Raum verortet sind, in dem überwiegend Menschen deutscher Kultur leben, um hier integriert zu werden. Gegen Vermieter, die mit Problemimmobilien auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne erzielen, indem sie Migranten geballt in mangelhaften Wohnungen unterbringen, ist konsequent vorzugehen.

UNSERE FORDERUNG

Wir fordern: Keine Brennpunktstadtteile, keine Clangesellschaften, keine Brennpunktschulen.

Die Einwanderung hochqualifizierter Fachkräfte, die nachweislich über vom Kultusministerium anerkannte Ausbildungspapiere und einen gültigen Arbeitsvertrag in der Bundesrepublik verfügen, muss erleichtert werden. Es ist anzunehmen, dass Frau Bas nicht weiß, dass es einer Vorabzustimmung und Unmengen weiterer Papiere und Voraussetzungen bedarf, um als nachgewiesene Fachkraft nach Deutschland einzureisen.

Man stellt sich die Frage, warum die amtierende Regierung unkontrolliert Menschen ohne Papiere einwandern lässt und nachgewiesenem Fachpersonal, das hier bereits einen Arbeitsvertrag hat, jede Einreise monatelang bürokratisch verweigert. Das ist an Perversität nicht zu übertreffen! An diesem Punkt angelangt, fällt die Glaubwürdigkeit des Migrationsprogramms der links-grünen Regierung.

Der Bund verteidigt seine Migrationspolitik mit dem Argument, dass Fachkräfte gebraucht werden – aber diese Migrationspolitik greift nicht. Zumal Asylsuchende zunächst ein Arbeitsverbot haben, ist diese Zielsetzung absolut paradox. Zum Weiteren ist zu bemerken, dass einreisewillige Fachkräfte mit Arbeitsvertrag einen dem Alter angepassten Monatslohn nicht unterschreiten dürfen, da sie sonst nicht genügend Rücklagen für die Altersvorsorge aufbauen. Welche Rentenrücklagen bauen Migranten auf, die in das deutsche Sozialsystem eingewandert werden?

Auch möchte die derzeitige Regierung keine Einwanderer, die gutes Geld verdienen! Nein, es sieht so aus, als sollten Einwanderer unter ihrem Niveau hier in Deutschland verramscht werden, selbst wenn der Arbeitgeber dies anders wünscht. Viele der arbeitswilligen Migranten, die ihre Ausbildungspapiere zur Anerkennung vorlegen, bekommen regelmäßig eine absolut nutzlose Qualifizierung anerkannt, oder die Anerkennung wird deutlich unter der des Heimatlandes angesetzt. Es ist eine Farce: Qualifiziertes Personal wird willkürlich zu nicht qualifiziertem gemacht, obwohl wir Fachpersonal brauchen.

Wenn eine hochqualifizierte Ausbildung, die im Ausland erreicht wurde, hier nicht als fachlich gleichwertig anerkannt werden kann, muss es unkomplizierte Wege geben, diese Qualifikation nachzuholen. Hier Wege zu entwickeln, wäre Aufgabe der Regierung, die angeblich Fachkräfteeinwanderung wünscht.

Fakt ist: Die Einwanderungspolitik der Bundesregierung dient nicht der Einwanderung von Fachkräften ins Land, sie dient der Abschaffung unserer Sozialsysteme. Wenn Frau Bas betont, dass wir Einwanderung ohne Pass aufbauend auf dem Asylgesetz zulassen, um Fachkräfte zu gewinnen, dann ist dies eine Lüge. Zweckmäßig wäre eine gezielte Fachkräftezuwanderung für Migrationswillige mit Arbeitsvertrag und passend anerkannter Ausbildung ohne Bürokratie. Dies müssen wir kommunal verbreiten und für Aufklärung in der bürgerlichen Bevölkerung sorgen.

Die AfD fordert zur Unterstützung unserer Marktwirtschaft eine Vereinfachung der Einreiseregulierung für tatsächlich nachgewiesenen hochqualifiziertes Personal mit deutschem Arbeitsvertrag ohne Mindestverdienst. Ferner fordern wir für dieses Personal die entgeltliche Zurverfügungstellung von Wohnraum in Nähe zum Arbeitsort. Dies ist eine kommunale Aufgabe.

Ferner müssen im Ausland gemachte Führerscheine nach praktischer Kurzprüfung in Deutschland zugelassen werden. Der theoretische Teil des deutschen Führerscheins kann bereits im Ausland online erworben werden.

Dafür fordert die AfD eine konsequente Rückführung von illegal Eingewanderten und Ausreisepflichtigen, von Asylsuchenden, die seit Jahren das Sozialsystem belasten, sowie von strafrechtlich Verurteilten ohne deutschen Pass.

Viele Migranten verfügen über Einnahmequellen in ihren Heimatländern und kassieren aus den Kommunen heraus Grundsicherung sowie weitere Sozialleistungen. Wir fordern eine konsequente Prüfung der Einnahmeverhältnisse auch im Heimatland sowie eine Prüfung des Sozialleistungsbezugs im Verhältnis zum Lebensstandard durch die Kommunen. Ferner ist es unabdingbar zu prüfen, ob ein Migrant tatsächlich über 40 Kinder verfügen kann, für die er Sozialleistungen in Millionenhöhe aus Deutschland in seinem Heimatland bezieht, da er längst nicht mehr im finanzierten Wohnraum anzutreffen ist.

6. Sicherheit an Schulen und Schulwegen – Kinder schützen, Bildungseinrichtungen sichern

Die Gewaltkriminalität an Schulen hat im Land Niedersachsen erheblich zugenommen und nähert sich dem Höchststand von 6.097 Fällen aus dem Jahr 2019. Bundesweit alarmierend ist der hohe Anstieg von Messerdelikten, die im Jahr 2024 mit 29.000 Fällen zu benennen sind, wie vom Deutschen Bundestag (Drucksache 21/766) veröffentlicht.

Schulen und Schulwege müssen geschützte Räume sein. Sichere und gut beleuchtete Schulwege, eine erhöhte Präsenz von Ordnungskräften im Umfeld von Schulen sowie kontrollierte Zugänge zu Schulgebäuden sind notwendig.

Bauliche und technische Maßnahmen gegen Vandalismus sind konsequent umzusetzen. Graffiti an Schulgebäuden und Einrichtungen sind keine Kunst, sondern Beschädigung öffentlichen Eigentums.

Bildungseinrichtungen müssen Orte des Lernens sein – nicht der kriminellen Freiheit.

Schüler, die an Schulen durch Gewalt auffällig werden, gehören umgehend suspendiert und dem Jugendamt gemeldet. Im Wiederholungsfall muss durch gute Zusammenarbeit von Jugendamt und Justiz eine Konsequenz festgelegt werden. Hier bedarf es eines neuen Gesetzesentwurfs.

Elterntaxis sorgen gerade an Grundschulen für eine hohe Unübersichtlichkeit und stellen ein echtes Sicherheitsrisiko – auch für Schüler – dar. Auf den Schulwegen vor den Schulen kollidiert nachgewiesenermaßen alles: Elterntaxi mit Bus, mit anderem Elterntaxi, mit Fußgängern, Radfahrern und nicht zuletzt Kindern. Elterntaxis machen den Schulweg nicht sicherer, sondern unsicherer.

Die AfD fordert einen gesunden Schulweg durch Bewegung zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Ferner sollte eine haltefreie Zone von 300 m zum Zielort 30 Minuten vor Schulbeginn und nach Schulende eingehalten und markiert werden. Bei Fehlverhalten gäbe es hier zunächst eine wohlwollende Einladung ins Lehrerzimmer – das fördert die Zusammenarbeit. Lehrer, Angestellte der Schule und in der Schule Tätige haben einen ausreichenden Parkplatz; dafür machen wir uns stark.

7. Digitalisierung und Transparenz – Bürger einbinden, Verwaltung verpflichtet

Eine Idee der AfD Nienburg-Schaumburg ist ein digitales Hinweis- und Mängelportal, das den Bürgern ermöglicht, Sicherheitsprobleme unkompliziert zu melden. Verbindliche Bearbeitungsfristen schaffen Transparenz und Verlässlichkeit.

Ein jährlicher kommunaler Sicherheitsbericht stellt Maßnahmen, Entwicklungen und Kosten nachvollziehbar dar. Bürger müssen wissen, was in ihrer Kommune geschieht und warum.

8. Sauberkeit, Instandhaltung und Stadtbild – Ordnung sichtbar machen

Sauberkeit ist ein wesentlicher Faktor des Sicherheitsgefühls. Illegale Müllentsorgung ist konsequent zu verfolgen. Parks, Haltestellen, Unterführungen und öffentliche Anlagen sind regelmäßig zu reinigen. Struktur dient der Orientierung.

Investitionen sind vorrangig in die Instandhaltung und tatsächliche Nutzung städtischer Gebäude zu lenken – nicht in ideologische Prestigeprojekte. Eine saubere Stadt ist auch eine sichere Stadt, in der man sich individuell entfalten kann, was häufig motiviert, Schönheit zu gestalten.

Es wäre eine durchführbare Idee, besondere Flächen oder Projekte unter die Obhut der Gestaltungsfreude unserer Bürger zu stellen; notwendiges Material würde bis zu einer fest eingeplanten Summe gestellt. Zur Planung und Durchführung wäre ein direkter Kontakt zur Behörde nötig, was Bürgernähe herstellt.

9. Würdevolle Bestattungs- und Trauerkultur – Respekt bewahren, Verantwortung wahrnehmen

Friedhöfe sind Orte der Stille, des Erinnerns und der Würde. Sie sind gepflegt, sicher und angemessen zu gestalten und nicht zu versiegeln. Individuell gestaltete Grabstätten begrüßen wir – jeder darf seine Trauer auf seine Weise verarbeiten.

Kommunen tragen Verantwortung für eine funktionierende, barrierefreie und angenehm beleuchtete Bestattungsinfrastruktur. Eine Vielfalt von Bestattungsformen ist wohnortnah zu ermöglichen.

Bestattungen dürfen kein Luxusgut sein. Gebühren müssen transparent, stabil und nachvollziehbar sein. Ordnungsamtsbestattungen sind öffentlich auszuschreiben, um gleiche Chancen für ortsnahe Bestatter zu gewährleisten.



KAPITEL 6

BILDUNG KONKURRENZFÄHIG MACHEN – IDEOLOGIE RAUS!

Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien

Ideologiefrei – leistungsorientiert – heimatnah

Bildung – auch im Sinne von Ausbildung – entscheidet über Zukunft, Zusammenhalt und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Gerade in den Kommunen wird festgelegt, ob Schulen funktionieren, Kinder geschützt werden und optimal lernen, Ausbildung gelingt und unsere kulturelle Identität bewahrt wird.

Die AfD steht für eine ideologiefreie, leistungsorientierte und familienfreundliche Bildungs- und Kulturpolitik. Kommunen müssen ihre Verantwortung für Schulen, Kindertagesstätten, Vereine, Kultur und Medien ernst nehmen – bürgernah, realistisch und ohne politische Bevormundung.

Elternrechte, Kinder- und Jugendrechte, Wahlfreiheit und kommunale Gestaltungsfreiheit stehen dabei im Mittelpunkt.

1. Allgemeinbildende Schulen – Vielfalt erhalten, Leistung steigern

Die Kommune trägt Verantwortung für ein wohnortnahes, auf das Leistungsvermögen und die Interessen der Kinder abgestimmtes und qualitativ hochwertiges Schulangebot. Alle Schulformen – Hauptschule,

Realschule und Gymnasium – sind gleichwertig zu erhalten und zu stärken. Das bewährte dreigliedrige Schulsystem bleibt Grundlage einer gerechten Bildungspolitik.

Die AfD Nienburg-Schaumburg achtet die Rechte ihrer Familien und lässt zum Wohle der Schüler durch gerechtfertigten Antrag der Eltern Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulpflicht im Homeschooling lernen.

UNSERE FORDERUNG

Wir fordern auch bundespolitisch: Bildungspflicht ersetzt Schulpflicht.

Unser Schulsystem muss flexibler auf einzelne Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Schüler eingestellt werden. Es muss Schwerpunktschulen geben und Schulen, an denen Schüler mit hohem IQ (über 110) besonders und im Rahmen ihrer Interessen gefördert werden können. Es kann nicht sein, dass sehr intelligente Schüler aus ihren Familien herausgerissen werden und Internate besuchen müssen, damit sie einen ihnen angemessenen Bildungsstatus erreichen. Spezialisten werden in Wissenschaft und Wirtschaft gebraucht.

Auch muss es einen frühen Querausstieg für besonders bildungsreife Schüler ins Studium geben. Es muss möglich sein, ab dem 9. Schuljahr unter festgelegten Bedingungen in ein Studium zu wechseln, wenn die Grundlagen hierfür durch den Schüler geschaffen worden sind.

Die AfD Nienburg-Schaumburg fordert zum Wohle und Wohlstand ihrer Schüler ein flexibleres Schulsystem, das Chancen ermöglicht und eigene Interessen stärkt.

Förderschulen und Frühschulen* sind dort, wo sie benötigt werden, zu erhalten, zu gestalten oder (wieder) einzurichten. Inklusion darf nicht zu Lasten von Bildungsqualität oder Kindeswohl gehen. Schulgebäude sind funktional zu sanieren.

Eine Kooperation von Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige, motorische und körperliche Entwicklung mit Werkstätten halten wir grundsätzlich für sinnvoll; diese unter einer Trägerschaft zu führen, lehnen wir ab. Hier steht zu befürchten, dass sich die Werkstätten in den Schulen ihr eigenes Personal beschaffen und weniger auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten.

*Die AfD verfolgt die Idee der Frühschulen. Diese wirken präventiv, um die Überforderung von Kindern mit Einschränkungen im Alter von 5 bis 7 Jahren zu vermeiden und ihnen einen guten Start in die Schule zu ermöglichen. Auch für sehr begabte Kinder, deren Entwicklung der Kindergarten im Wege steht, soll diese Schulform zugänglich sein. Neben Angeboten zur früheren schulischen Bildung stehen auch therapeutische Angebote in Gruppen flexibel zur Verfügung.

Ferner ist es wichtig, jungen Schülern nach Testung oder Absprache mit Lehrern und Eltern einen späteren Schuleinstieg zu ermöglichen. Eine Testung sollte alle 3 Jahre erfolgen und nicht das Schicksal eines Schülers ein für alle Mal besiegeln.

Kurz gesagt: Feste Strukturen gehören im Sinne unserer Kinder aufgeweicht. Förderungswürdiges ist unbedingt zu fördern, Besonderheiten sind zu achten.

2. Ganztag und Betreuung – Freiwilligkeit statt Zwang

Ganztagsangebote müssen freiwillig bleiben. Familien dürfen durch gebundene Modelle nicht benachteiligt werden. Kommunen sollen flexible Betreuungsangebote fördern. Offene Ganztagsschulen und Horte sind gebundenen Ganztagsformen vorzuziehen. Einzig die Eltern entscheiden über die Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder.

Wir fordern an dieser Stelle Bürgernähe und Transparenz durch eine Umfrage, in der geklärt wird, wie viele Elternteile ihre Kinder tatsächlich ganztags in Institutionen versorgt wissen wollen – und wie viele dies allein aus wirtschaftlichen Nöten tun.

Das heutige Gesellschaftssystem nimmt unseren Kindern ihre Kindheit. Viele leiden unter psychischen Erkrankungen und/oder seelischen Behinderungen, die Eltern überfordern. Kinder gehören in die Familie, in den Wald, zu Tieren und in Vereine, um mit anderen Kindern ihre Interessen zu teilen und sich sozial zu üben. Kinder bis zum 10. Lebensjahr bedürfen keiner oberflächlichen Aufbewahrungsinstitution; diese sollte eine Möglichkeit in Ausnahmesituationen sein, aber keine Gewohnheit.

Die AfD fordert die Rettung der psychischen Gesundheit unserer Kinder durch altersgerechte und im Jugendalter freiwillige Institutionszeiten über eine Beschulungszeit nach 14:00 Uhr hinaus. Es darf für Kinder niemals Pflicht sein oder aus wirtschaftlicher Not begründet werden,

eine Schule bis in den späten Nachmittag zu besuchen – auch nicht in der OGS. Dies gehört umgehend abgeschafft, denn es ist nicht kindgerecht.

3. Sprachförderung – Deutsch als Schlüssel zum Bildungserfolg

In Niedersachsen weisen immer mehr Kinder deutliche Sprachdefizite auf (VDS-Infobrief vom 17.10.2025). In Hannover betrifft dies etwa ein Drittel aller Kinder, die den Schuleignungstest abgeleistet haben. Ausreichende Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für schulischen Erfolg.

Im Fachunterricht sollte ein Sprachmittler eingesetzt werden (hier bedarf es der Organisation durch die Schule, möglichst gleichsprachige Schüler in einer Klasse zu integrieren) oder ein differenzierter Unterricht erfolgen, damit in der Schule auch Schüler etwas lernen, denen wenig Deutsch zur Verfügung steht. Ferner sollte das Fach Deutsch als Fremdsprache einen erheblichen Teil des Unterrichts für Schüler mit Sprachdefiziten darstellen. Dafür können Fächer wie Religion, Geschichte, Politik etc. entfallen und später erneut aufgegriffen werden.

Die AfD stützt ferner die Idee, Schüler mit geringen deutschen Sprachkenntnissen in den Ferien (6 Wochen à 3 Std./Tag im gesamten Jahr) verpflichtend im Fach Deutsch weiter zu beschulen. Dies hätte den Vorteil, dass die Räumlichkeiten der Schulen zur Verfügung stünden und nur noch sprachkundiges Personal gefunden werden müsste. Schön wäre Lehrpersonal aus einem Einwanderungsland zu Qualifikationszwecken, wenn mal wieder die Anerkennung des Studiums nicht ausreicht, um in Deutschland als Lehrer tätig zu sein. Hier könnten Fachkraft- und Sprachgewinnung miteinander vernetzt werden.

Bei fortwährender Stagnation der Sprachentwicklung (über 3 Jahre) muss überlegt werden, ob der Schüler überhaupt beschulbar ist. Wer sich weigert, den Unterricht sprachlich zu verstehen, kann nichts lernen.

4. Kinderschutz und Schulklima – Schulen als geschützte Lernräume

Schulen müssen sichere Orte sein. Schüler sind hier wohlwollend und unterstützend zu unterrichten. Vor politischer, weltanschaulicher oder sexualpädagogischer Frühindoktrination sind sie unbedingt zu schützen. Jeder ideologische Druck hat vom Kind fernzubleiben; es darf sich frei im eigenen Sinne entwickeln – ohne Offenbarung von Optionen, auf die es

selbstständig nie gekommen wäre. Junge Menschen brauchen Orientierung, Sicherheit und altersgerechte Entwicklung. Sie dürfen ihre Grenzen verteidigen – dies müssen sie lernen.

Die AfD Nienburg-Schaumburg fordert von den Kommunen die Entwicklung und Umsetzung verbindlicher Schul-Sicherheitskonzepte gemeinsam mit Polizei, Jugendhilfe und Präventionsstellen. Extra dafür geschultes Personal und Sicherheitsdienste können ergänzend bei der Durchführung hinzugezogen werden.

5. Digitalisierung – Mit Augenmaß und Verantwortung

Die digitale Ausstattung und Wartung ist kommunale Pflichtaufgabe in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg (darf jedoch nicht Selbstzweck sein) und birgt noch viele Herausforderungen. Gerade in ländlichen Gebieten fehlt es häufig an Bandbreite (fehlende bzw. nicht ausreichende Internetanbindung). Jede Schule soll kurzfristig auf mindestens einen kommunal finanzierten IT-Administrator zugreifen können. Gemeinsame IT-Strukturen senken Kosten und erhöhen die Datensicherheit.

Wichtig ist, die analogen Grundfertigkeiten zu erhalten und zu fördern, denn sie bilden die Basis schulischer Bildung.

6. Schulwege, Gebäude und Verpflegung – Sicherheit und Funktionalität im Alltag

Schulwege müssen sicher, übersichtlich, gut beleuchtet und nicht überfrequentiert sein. Schulgebäude sollten lichtdurchflutet und einladend gestaltet werden; sie sind zu pflegen und instand zu halten. Barrierefreiheit und Sicherheit sind unabdingbar. Der Fokus liegt auf Funktionalität und Unterrichtsqualität.

Schulklassen sollten eine Anzahl von 30 Schülern nicht überschreiten. An Grund-, Früh- und Förderschulen muss die Anzahl der Schüler in einer Klasse den Lernvoraussetzungen der Schüler und dem zur Verfügung stehenden Personal angepasst werden.

Keine Brennpunktschulen: Der Anteil von Schülern ohne deutschen Pass und mit erheblichen Sprachdefiziten in einer Klasse und an einer Schule muss kommunal ausgeglichen sein. Es müssen Anfahrtswege in Kauf genommen werden, um die Förderkapazität für diese Schüler zu

erhöhen, indem man sie gleichmäßig auf unterschiedliche Schulen verteilt.

Schulverpflegung soll gesund, bezahlbar und zuverlässig sein. Auch am Schulkiosk ist darauf zu achten, den Zugriff auf hochgezuckerte Lebensmittel einzugrenzen.

Ideologische Vorgaben lehnen wir ab; Eltern und Schulen behalten Wahlfreiheit.

Einen Lehrermangel gibt es nicht – es gibt genügend ausgebildete Lehrer. Allerdings stimmt häufig die Fächerkombination nicht, oder die Beamtenlaufbahn ist versperrt, wenn eine nicht passende Schule als Zwischenstopp gewählt werden muss, da die gewünschte Stelle, die zur Verbeamtung führt, nicht frei ist.

Grundschulen fehlen Lehrer, da die Bezahlung wenig attraktiv ist. Lehrer, die höher qualifiziert sind, nehmen diese Stellen eher nicht an. Grundschullehrer haben ein Anrecht auf eine angepasste Entlohnung.

Wir fordern mehr Möglichkeiten zum Quereinstieg durch qualifiziertes Fachpersonal (insbesondere an Schulen für Schüler mit Spezialinteressen, -fähigkeiten und -fertigkeiten, die die AfD einführen möchte) und eine fächerübergreifende Beschulung durch Lehrer, die vielleicht nicht das zu belegende Fach studiert haben, sich die Abdeckung aber zutrauen. Hier muss ein Fachquereinstieg mit bezahlter Fortbildung möglich sein. Staatlich anerkanntes Lehrpersonal ist sicherlich in der Lage einzuschätzen, ob es ein Fach in einer bestimmten Klasse unterrichten kann oder nicht.

Auch gibt es Lehrer, die den Masterabschluss haben, aber nicht ins Referendariat gegangen sind. Sie können als Co-Lehrer mit einer geringeren TVÖD-Einstufung eingesetzt und über einen längeren Zeitraum bei stabilen Lehrerfolgen fest in den Unterricht der Schule integriert werden. Einer Prüfung müssen sie sich freiwillig stellen können, um den Lehrern gleichgestellt zu werden.

Eine Verbeamtung muss allen Lehrern gleichermaßen möglich sein und auf dem Leistungsprinzip beruhen. Dies ist ein Anliegen, das die AfD Nienburg-Schaumburg an den Bundestag herantragen möchte.

7. Kindertagesstätten (Kita) – Elternrechte achten, Betreuung sichern

Unsere Kommunen stellen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sicher und unterstützen Träger bei Personal- und Baukosten.

Pädagogische Konzepte müssen Elternrechte respektieren.

Das Wohlergehen unserer Kleinsten ist umfänglich sicherzustellen. Dieser Grundsatz sollte sich in Innenausbau, Material, Hygiene und Außengelände widerspiegeln. Das Personal ist Grundpfeiler einer pädagogisch gut arbeitenden Kita. Da gutes pädagogisches Personal Mangelware ist, sollte die Kommune qualifizierende Fortbildungen und Quereinstiegsprogramme entwickeln und durchführen, die auch für pädagogisch vorgebildete Migranten zugänglich sind.

Das Personal hat den Unterschied von Ethik und Ideologie zu respektieren. Ideologische Inhalte in der Erziehungsstruktur einer Kita lehnen wir ab. Im Gegenzug priorisieren wir die Förderung zum Verstehen und Durchsetzen eigener Grenzen und die Kompetenzentwicklung, Übergriffigkeiten gegen die eigene Person zu kommunizieren. Das Personal hat jede dieser Angaben durch ein Kind ernst zu nehmen und zu prüfen.

Einen verpflichtenden Sexualkundeunterricht in Kitas lehnen wir ab.

8. Berufliche Bildung – Ausbildung stärken, Fachkräfte sichern

Kooperationen mit Vereinen und Betrieben stärken Berufsorientierung und regionale Bindung.

Kommunen sollen regionale Netzwerke aus Betrieben, Kammern und Berufsschulen fördern. Ziel ist die Stärkung der dualen Ausbildung und ein optimaler Übergang von der Schule in den Beruf. Lokale Ausbildungs- und Berufsmessen, Praktikumsbörsen und Jugendberufsagenturen sind auszubauen.

Berufspraxisphasen sollten vermehrt in den Schulalltag einbezogen und bewertet werden. Dies hilft insbesondere den Schülern, die im schulischen Alltag wenig Freude verspüren, aber im Praktischen ihre Berufung und Bestätigung finden.

9. Kultur und Vereine – Heimat bewahren, Ehrenamt stärken

Kultur und Ehrenamt in den Landkreisen Schaumburg und Nienburg sichern gesellschaftlichen Zusammenhalt und Identität. Gerade in ländlichen Gegenden werden Brauchtum, Kultur und Tradition gelebt und verbinden die bürgerliche Gesellschaft. Darum werden wir Vereine und Ehrenamt gezielt fördern.

Schützen-, Musik-, Sport- und Heimatvereine sowie Feuerwehren, THW und Jägerschaft verdienen verlässliche Unterstützung. Regionale Kulturstätten sind zu erhalten. Die deutsche Sprache bleibt Verwaltungssprache; Gendern lehnen wir ab! Denkmalpflege und der Erhalt historischer Ortsbilder haben Vorrang vor Abriss und Neubau. Vorgaben müssen für die Eigentümer bezahlbar bleiben, Rekonstruktionen sollen ermöglicht werden.

Bezugnehmend auf die Schützen-, Sportschützen- und Jagdvereine legen wir besonderes Augenmerk auf das Waffengesetz Deutschlands. Wir haben eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. Die AfD wird sich aus der kommunalen Politik heraus bundesweit dafür einsetzen, dass dieses im jetzigen Rahmen erhalten und nicht weiter einschränkend ausgearbeitet wird. Insbesondere das Absprechen der Zuverlässigkeit für rechtstreue Bürger, die eine andere als die gängige politische Meinung vertreten, lehnt die AfD im Rahmen der Gleichstellung aller Bürger rigoros ab.

10. Wissenschaft und Forschung – Kommunale Impulse nutzen

Auch wenn Wissenschaft überwiegend Landes- und Bundessache ist, können Kommunen durch Flächenbereitstellung, Infrastruktur und Netzwerke Hochschulen und Forschungseinrichtungen unterstützen. Kooperationen mit regionalen Hochschulen dienen der Fachkräftesicherung.

11. Medien und Öffentlichkeitsarbeit – Sachlich, neutral, bürgernah

Kommunen sollen Medienvielfalt, Informationsfreiheit und Transparenz sichern. Unabhängige lokale Medien sind zu unterstützen. Ideologien sind wichtig und entwickeln sich in gut aufgestellten Familien

automatisch – darum lehnen wir eine ideologische Einflussnahme auf kommunale Öffentlichkeitsarbeit strikt ab. Kommunikation muss sachlich, neutral und bürgerorientiert erfolgen.

Wir fordern auch auf kommunaler Ebene eine konsequente Umsetzung von Informationsfreiheitsrechten (Auskunftsrechte etc.).

Viele Bürger Schaumburgs oder des Kreises Nienburg haben sich neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für kostenpflichtige, alternative Berichterstattung entschieden – dies ist ihr freiheitliches Recht. Um die Bürger finanziell zu entlasten, unterstützen wir auf Landesebene das Ziel, die Pflichtabgabe an den ÖRR durch Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages abzuschaffen.



KAPITEL 7

HÖFE RETTEN – HEIMAT ERNÄHREN!

Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und ländlicher Raum

Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden – Heimat erhalten – Versorgung sichern

1. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Niedersachsen hat noch 2,6 Millionen Hektar Agrarland – damit ist Niedersachsen neben Bayern, absolut betrachtet, das Bundesland mit der meisten Ackerfläche. Niedersachsens Landwirte produzieren damit wichtige, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel, die den Regionen zur Verfügung gestellt werden. Das landwirtschaftliche Brauchtum mit den Erntefesten bereichert das Schaumburger und Nienburger Gemeindeleben.

Unsere bäuerliche Landwirtschaft prägt Kulturlandschaften, Dorfstrukturen und die wirtschaftliche Substanz des ländlichen Raums. Die häufig familiengeführten, regional verwurzelten Höfe in Schaumburg und im Kreis Nienburg sichern Arbeitsplätze, erhalten gewachsene Strukturen und tragen eine zentrale Verantwortung für die gesunde Versorgung der kommunalen Bevölkerung. Diese Betriebe sind existenziell notwendig und verdienen mehr Rückhalt und Förderung aus der Politik. Weitere einschneidende Eingriffe in die Selbstbestimmtheit der Betriebe lehnt die AfD ab.

Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen in die Lage versetzt werden, aus ihrem Einkommen ihre Familien zu sichern und notwendige Investitionen für den Fortbestand ihrer Höfe zu tätigen. Sie finanzieren ihren Arbeitsplatz und weitere selbst und erhalten die landwirtschaftlichen Nutzflächen für die nächste Generation.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für den produzierenden Landwirt deutlich zu verbessern. Die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie die Überreglementierung durch Bund und Land müssen zurückgenommen werden. Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit, Planungssicherheit und gesellschaftliche Wertschätzung. Der Beruf des Landwirts muss wieder bekannt und attraktiv werden, um künftig ausreichend Nachwuchs zu gewinnen (siehe auch: Schulen für Spezialinteressen).

Es muss bei den guten natürlichen Gegebenheiten unserer Region um Nienburg und Schaumburg möglich sein, Tierwohl und lukrative Landwirtschaft zu vereinen, um daraus resultierende, qualitativ hochwertige Produkte für unsere Bürger bezahlbar zu machen. Ein Bürger, der sich gesund ernähren möchte, bekommt verantwortungsvoll angebaute Produkte aus der heimischen Landwirtschaft. Wir fordern, dass dies so bleibt.

UNSERE FORDERUNG

Dank an unsere Landwirte!

2. Bodenspekulation und landwirtschaftsfernem Flächenverbrauch entgegenwirken

Niedersachsen verfügt über 1,9 Millionen Hektar Ackerland und 0,7 Millionen Hektar Dauergrünland (Landesamt für Statistik, 2025) und muss vorrangig der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Der Flächenverbrauch zulasten der Landwirtschaft nimmt seit Jahren zu, obwohl er bei konsequenter Innenentwicklung, Nachverdichtung bestehender Wohn- und Gewerbeflächen sowie der Nutzung von Industriebrachen deutlich reduziert werden könnte.

Solaranlagen gehören auf Dächer, versiegelte Flächen und Parkplätze – nicht auf fruchtbare Böden. Den weiteren Ausbau von die Landschaft zersiedelnden Windkraftanlagen lehnt die AfD ab. Teure Energie schafft teure Ernährung. Regierung – Euer Ernst?

Die fortlaufende Ausweisung weiterer Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichsflächen für Bau- und Infrastrukturprojekte muss beendet werden. Der Erhalt unserer Kulturlandschaft ist ohne eine rentable Landwirtschaft nicht möglich. Investoren treiben die Pachtpreise und damit die Produktionskosten in die Höhe und sind bei den derzeitigen Verkaufserlösen für Agrarprodukte konsequent einzudämmen.

2.1 Der Landwirtschaft dienende Bauvorhaben fördern und unterstützen

Bürokratie und Gesetzeseinschränkungen hemmen die Entwicklung lukrativer und nahrungsmittelgewinnender landwirtschaftlicher Betriebe in den Kommunen. Bauanfragen sollten wohlwollender und schneller geprüft werden.

Tierzucht in jeder Form sollte als landwirtschaftlich anerkannt werden.

3. Heimische Landwirtschaft erhalten – Ernährungssouveränität stärken

Eine sichere, vielfältige und qualitative Grundversorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln erfordert einen hohen Selbstversorgungsgrad der Kommunen. Umfangreiche Agrarimporte, insbesondere aus der Ukraine sowie aus den Mercosur-Staaten (gemeinsamer Markt Südamerikas), setzen heimische Erzeugerpreise unter Druck und beschleunigen das Höfesterben.

Gleichzeitig entsprechen importierte Produkte häufig nicht den Standards, die für unsere heimischen Erzeugnisse gelten – der Kunde im Markt merkt davon nichts. Hier fordern wir einfache Qualitätsnachweise am Produkt. Der Hinweis „aus der Region“ ist nicht ausreichend. Gute Qualität muss sich auszahlen!

Die AfD fordert deutlich mehr Förderung der Landwirtschaft! Wenn wir unsere Landwirtschaft dezimieren, werden andere Länder diese Löcher stopfen müssen.

Die AfD bekennt sich zum internationalen Handel, lehnt jedoch Handelsabkommen ab, welche die heimische Landwirtschaft schädigen.

4. Verschärfte Düngeverordnung abschaffen und Verursacherprinzip einführen

Eine bedarfsgerechte Düngung ist Voraussetzung für stabile Erträge und eine sichere Pflanzenproduktion. Die derzeitige überzogene Düngeverordnung führt durch pauschale Unterversorgung zu erheblichen Ertragsverlusten und gefährdet die wirtschaftliche Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe Niedersachsens. Sie muss unverzüglich an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden.

Die Sanktionen für rote (nitratbelastete) Gebiete auf Grundlage aktueller, regionsspezifischer Nitratmessungen wurden ausgesetzt (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 11.03.2026), da die Bundesvorschriften formell nicht ausreichen, die Kommunen zu ermächtigen, rote und gelbe Gebiete auszuweisen. Der Bund muss dringend eine Nachbesserung der Düngeverordnung vornehmen, um Rechtssicherheit zu schaffen. Dies muss bis Mitte des Jahres 2026 geschehen (Bundesverwaltungsgericht) – bis dahin ändert sich nichts.

Die AfD fordert, das Messstellennetz repräsentativ und verursacherbezogen neu aufzustellen. Perspektivisch müssen rote Gebiete abgeschafft und konsequent durch das Verursacherprinzip ersetzt werden.

5. Sonderkulturen erhalten

Sonderkulturen wie Spargel, Erdbeeren oder Heidelbeeren sind ein wichtiger Bestandteil regionaler Wertschöpfung – und äußerst gesund. Sie werden auf 35.000 bis 40.000 Hektar Land in Niedersachsen angebaut und sorgen für eine schmackhafte Abwechslung auf dem Speiseplan. Hohe Kosten, steigende Auflagen und Arbeitskräftemangel bedrohen ihre Zukunft.

Wer möchte auf die Erdbeertorte im Mai oder den Spargel verzichten? Niemand! Darum setzt sich die AfD für eine Ausweitung der sozialversicherungsfreien Arbeitstage für geringfügig beschäftigte Erntehelfer ein, um arbeitsintensive Betriebe zu entlasten und Standortverlagerungen zu verhindern.

6. EU-Förderung sachgerecht gestalten

Direktzahlungen aus der EU-Agrarförderung dienen dem Ausgleich höherer Produktionskosten und wettbewerbsbeschränkender Auflagen.

Jede weitere Umschichtung lehnen wir ab. Agrarfördermittel müssen ausschließlich landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommen und dürfen nicht an landwirtschaftsferne Empfänger umgeleitet werden.

7. Weidetiere schützen – Wolf regulieren

Der Kreis Nienburg weist eine sehr hohe Wolfsdichte auf. Seit 2017 wurden durch Wolfsübergriffe fast 200 Nutztiere getötet. Im Speziellen riss das berüchtigte Rodewalder Rudel, nachdem es sich auf das Töten großer Weidetiere spezialisiert hatte, mehrere Pferde und Rinder.

Die Folgen für die Weidetierhaltung und deren Betreiber sind gravierend. Neben erheblichen emotionalen Belastungen schlagen Verluste und steigende Folgekosten für Präventivmaßnahmen existenzgefährdend zu Buche, während Ausgleichszahlungen den Schaden keinesfalls kompensieren. Das Land Niedersachsen fördert Nutztierhalter bei der Errichtung von Schutzzäunen und Netzen – was letztlich aus den Taschen der niedersächsischen Bürger finanziert wird.

Die AfD spricht sich für eine klare Bestandsregulierung des Wolfes und die Einführung einer regulären Jagdzeit aus. Ein Wolf, der einen Menschen beißt, gehört umgehend getötet – so wie ein Hund, der dies tut. Der Schutz von Menschen, Nutztieren und bäuerlichen Existenzen muss Vorrang haben.

8. Wettbewerb bei Molkereien sichern und unfaire Handelspraktiken unterbinden

Niedersachsen und Bayern sind Deutschlands Hochburgen der Milchproduktion. Die fünf größten Molkereien in Deutschland verarbeiten die Hälfte der deutschen Milchproduktion; die Anzahl kleinerer Milchbetriebe wurde in den letzten Jahrzehnten erheblich dezimiert.

Fünf große Handelsketten bestimmen den Marktpreis und üben Druck auf unsere Molkereien aus; deren Verhandlungsspielraum ist unerheblich. Nicht zuletzt dadurch ist die Anzahl der Milchviehbetriebe in Niedersachsen im Jahr 2024 um 4,2 % gefallen. Wenige Großmolkereien verarbeiten den überwiegenden Teil der Milchmenge.

Die AfD setzt sich für die konsequente Umsetzung der UTP-Richtlinie (gegen unlautere Handelspraktiken) ein, um fairen Wettbewerb zu schaffen.

9. Tierhaltung stärken – Planungssicherheit gewährleisten

Die Tierhaltung unserer Landwirte in den Kreisen Nienburg und Schaumburg erfüllt bereits hohe Standards. Länder wie Österreich, die Schweiz und Schweden leben allerdings andere Tierschutzbedingungen vor. Auch darum ist es notwendig, die Planungssicherheit zu erhöhen, Investitionen durch schlanke Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und bestehende tierhaltende Betriebe durch geförderte Investitionen zu erhalten.

Kriminelle Aktionen gegen das Tierwohl und gegen Tierhalter sind konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

Tierseuchen ist mit modernen, wissenschaftlich fundierten Methoden umgehend zu begegnen. Der Schaden für die Landwirte muss so klein wie möglich gehalten werden.

10. Tiertransporte reduzieren – regionale Schlachtstrukturen stärken

Gab es vor einigen Jahren in den Kreisen Schaumburg und Nienburg noch flächendeckend kleinere und mittelständische Schlachthöfe (Hausschlachtereien haben aufgegeben), muss festgestellt werden, dass Niedersachsen einige der größten Schlachthöfe Europas zentral etabliert hat. Im Sinne des Tierwohls sind kurze Transportwege zu schaffen.

Die AfD fordert den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe und die Ermöglichung des Weideschlusses. Unnötig lange Tiertransporte und industrielle Großschlachthöfe lehnen wir ab. Betäubungsloses Schlachten muss unter Strafe stehen und darf es auch aus religiösen Gründen nicht geben.

11. Jagd anerkennen und schützen

„Zwischen Steinhuder Meer und Weser erstreckt sich das Schaumburger Land mit einer Vielfalt von Landschaften ...“ – so die Jägerschaft des Landkreises Schaumburg e. V. Sie zählt etwas über 800 Mitglieder, Tendenz steigend, wobei der Frauenanteil erheblich wächst. Schaumburg verfügt über eine Gesamtfläche von 67.557 Hektar; davon sind 89 % bejagbar, was einen enormen Anteil darstellt und damit politisch zu berücksichtigen ist. Die Mitglieder verteilen sich auf 9 Hegeringe und 154 Jagdbezirke.

Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an und stellen uns schützend vor unsere Jäger, denn diese leisten in freiwilliger Erfüllung ihrer Aufgaben einen wertvollen Beitrag für den Natur-, Tier- und Landschaftsschutz. Die Jagdausübung beschränkende Änderungen des bewährten Niedersächsischen Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir befürworten die traditionell gewachsene Jagd und unterstützen das Leitbild „Wald UND Wild“. Eine weitere Einschränkung der Jagd durch das Waffengesetz lehnen wir ab.

12. Differenzierung von Klima- und Umweltschutz

Das Thema Klima wird in unserem Programm dem Umweltschutz untergeordnet betrachtet. Hier gilt es, eine eindeutige Differenzierung herzustellen, denn Klimaschutz steht häufig im Widerspruch zum Erhalt unserer Um- und Tierwelt und unserer Naherholungsgebiete. Leidet der Natur- und Tierschutz oder das Wohlergehen der Bevölkerung unter einem angestrebten Klimaprogramm, ist davon abzusehen.

Dies begründen wir damit, dass für uns eine menschliche Beteiligung am Klimawandel nicht ausgeschlossen ist, andersherum diese aber auch nicht klar bewiesen werden kann. Umweltschutz ist immer auch Klimaschutz – darum steht die Umwelt bei der AfD im Fokus des Interesses.

13. Naturschutz mit Augenmaß – Agrardiesel sichern

Die AfD lehnt die CO₂-Bepreisung/-Abgabe grundsätzlich ab (vgl. auch das Kapitel zu Energie). Solange diese aber erhoben wird, muss die Speicherleistung von Land- und Forstwirtschaft honoriert werden. Jede gebundene Tonne CO₂ ist angemessen zu vergüten. Gleichzeitig setzen wir uns für einen echten steuerbegünstigten Agrardiesel ein – und bis dahin für eine erhöhte Agrardieselerückvergütung.

14. Biogasanlagen begrenzen

Im Landkreis Nienburg gibt es 62 Biogasanlagen. Diese sollen zur Netzstabilität insbesondere mit Abfall- und Reststoffen weiterbetrieben werden – nicht mit Nahrungsmitteln. Subventionen für einen weiteren Ausbau lehnen wir ab, um den Druck auf den Pachtmarkt zu begrenzen. Landwirtschaftliche Flächen dienen vorrangig der Nahrungs- und Futtermittelproduktion.

15. Forstwirtschaft schützen

Die niedersächsische Forstwirtschaft arbeitet auf ihren 1,2 Millionen Hektar Wald seit Generationen nachhaltig. Entscheidungen über Baumarten müssen bei Waldbesitzern und Forstwirten liegen. EU-Regelungen wie z. B. die EU-Entwaldungsverordnung, die unsere Forstwirtschaft pauschal unter Generalverdacht stellen, lehnen wir ab.

16. Natur- und Landschaftsschutz ohne weitere Flächenausweitung

Der Schutz von Natur und Landschaft ist wichtig, darf aber nicht zu faktischer Enteignung führen. In Niedersachsen stehen 1,5 Millionen Hektar unter Schutz. Weitere Schutzgebiete, FFH-Flächen oder Nationalparkausweitungen lehnen wir daher ab.

Versiegelte Flächen, die keinen Nutzen haben, gehören aufgebrochen, um z. B. im Rahmen der Entwicklung von Naherholungsgebieten oder Naturparks für Kinder renaturiert zu werden. Hier können Kinder und junge Menschen die Umwelt real begreifen lernen, Bienen, Vögel und Insekten entdecken und einen realistischen, emotionalen Bezug zur Umwelt entwickeln.

Programme zur Sicherung von Böden und deren Durchflutung – auch im Sinne der Landwirtschaft – müssen erarbeitet werden. Begrünungen erfolgen, wo immer möglich, um Arten- und Naturschutz sicherzustellen.

Unsere Bäume sind geschwächt. Sie filtern noch CO₂ aus der Atmosphäre, stehen aber so unter Stress, dass sie mehr Kohlenstoff abgeben als filtern (Stiftung Unternehmen Wald). Wir fordern den Schutz des Waldes und Maßnahmen zu seiner Stärkung. Waldschutz ist Umwelt- und Klimaschutz.

17. Fischer und Angler unterstützen

Die AfD setzt sich für den Schutz der Meere vor rücksichtsloser Überfischung ein, lehnt aber willkürliche Meeresschutzzonen ab, die die mittelständische Fischerei gefährden.

Plastikmüll stellt eine erhebliche Gefährdung unserer Gewässer und der darin befindlichen Tiere dar. Meeresbewohner werden durch die Vermüllung der Meere häufig schwer verletzt oder getötet, was ebenfalls zu Verlusten in der Fischerei führt – ohne das Leid der Tiere zu vernachlässigen. An dieser Stelle bedarf es einer Sensibilisierung der

Bevölkerung im Umgang mit Plastik und alternativen Verpackungsangeboten.

Eine sorgfältige Überwachung der Gefahrenquellen in den Meeren sowie in Seen und Flüssen ist erforderlich. Fischer, Angler und Taucher leisten einen wichtigen Beitrag zum Gewässerschutz und zur Artenpflege – sie gilt es zu unterstützen.

18. Der Umweltschützer „Biene“

Niedersachsen beherbergt in etwa 100.000 Bienenvölker – das ist nicht genug! Wir haben die Imkerei zu unterstützen, indem hohe Auflagen und bürokratische Hindernisse zurückgenommen werden. Es muss Imkern erleichtert werden, wieder Bienenvölker zu halten.

Bienen unterstützen das biologische Gleichgewicht in unvergleichlicher Weise. Sie sind Hauptbestäuber für Wild- und Kulturpflanzen und sorgen so für Artenschutz, Artenvielfalt und damit für den Erhalt der Nahrungskette. Im Kampf gegen die Asiatische Hornisse müssen Imker mehr finanzielle Unterstützung erfahren.

19. Arbeitsplätze, Infrastruktur und Tourismus im ländlichen Raum stärken

Der ländliche Raum ist das Rückgrat Niedersachsens. Landwirtschaft, Handwerk, mittelständische und Familienbetriebe sichern neben dem Tourismus Einkommen, Arbeitsplätze und soziale Stabilität. Dabei ist dem Tourismus ein wichtiger Faktor zuzusprechen: Er sichert die Erholung und Genesung unserer fleißigen Arbeitergesellschaft.

Gleichzeitig sind viele Regionen von Abwanderung, Fachkräftemangel und dem Verlust öffentlicher Infrastruktur betroffen. Ein starker ländlicher Raum ist daher Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes.

Die AfD setzt sich dafür ein, Arbeitsplätze und Unternehmen wieder verstärkt in ländlichen Regionen anzusiedeln. Handwerk und Mittelstand benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbare Flächen und kurze Entscheidungswege. Digitale Arbeitsmodelle bieten zusätzliche Chancen, sofern eine leistungsfähige digitale Infrastruktur flächendeckend gewährleistet ist.

Niedersachsen verfügt über bedeutende Tourismusregionen wie die Nordseeküste, die Lüneburger Heide und die Mittelgebirge. Der

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und bietet weiteres Entwicklungspotenzial. Der Erhalt der Kulturlandschaft ist dabei unerlässlich. Windkraft- und Solaranlagen beeinträchtigen die gewachsenen Kulturlandschaften und damit negativ auch Tourismus, Naherholung und regionale Identität. Eine hässliche Umgebung ist, touristisch betrachtet, nicht attraktiv.

HEIMAT STÄRKEN – AKTIV WERDEN!

Jeder Euro und jede helfende Hand zählt:
Unterstützen Sie unseren Kommunalwahlkampf mit
Ihrer Spende – oder packen Sie direkt mit an: am
Infostand, beim Plakatieren, in Ihrem Ort.

»

afd-nienburg-schaumburg.de/kreisverband/unterstuetzen



SCANNEN!



KAPITEL 8

GESUNDHEITSVERSORGUNG RETTEN – PATIENT VOR PROFIT!

Gesundheitspolitik

Wohnortnahe Versorgung sichern – kommunale Verantwortung stärken

Die gesundheitliche Versorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. In den vergangenen Jahren haben Klinikschließungen, Ärztemangel – insbesondere im ländlichen Raum –, überlastete Praxen, lange Wartezeiten und ein fortschreitendes Apothekensterben die medizinische Versorgung vieler Bürger spürbar verschlechtert. Gleichzeitig wird das Gesundheitswesen zunehmend gewinnorientiert organisiert, während wohnortnahe Versorgung und persönliche Betreuung in den Hintergrund treten.

Die AfD setzt dem eine kommunal verankerte Gesundheitspolitik entgegen. Ziel ist eine erreichbare, verlässliche und menschliche Versorgung vor Ort, die kommunale Verantwortung stärkt und renditegetriebene Fehlentwicklungen begrenzt.

1. Hausärztliche Versorgung sichern und ausbauen

Die Eröffnung des neuen Fachärzteeentrums in Bückeburg im Jahr 2021 hat einige Lücken in der ärztlichen Versorgung im Kreis Schaumburg geschlossen. Trotzdem setzen Schließungen und angekündigte

Schließungen von Hausarztpraxen die kommunale Politik weiter unter Druck.

Gerade im ländlichen Raum Niedersachsens ist die medizinische Versorgung durch Hausarztpraxen in Zukunft nicht sichergestellt – dabei sollten sie die zentrale erste Anlaufstelle für die Bevölkerung sein. Ihr Wegfall bedeutet für viele Orte den Beginn eines medizinischen Strukturabbaus.

Kommunen müssen frühzeitig erkennen, wo Versorgungsengpässe drohen, und aktiv gegensteuern. Dazu gehört eine regelmäßige kommunale Bedarfsanalyse, die die Altersstruktur der Ärzte sowie absehbare Versorgungslücken transparent erfasst und zur Grundlage kommunaler Planung macht. Auch studierende der Medizin müssen rechtzeitig erfasst werden; ihnen muss rechtzeitig vor Studienende ein Gespräch zur Zukunftsplanung angeboten werden.

Es braucht Anreize für junge Ärzte, damit diese nicht ins Ausland abwandern. Das erste Ärztegehalt ist im Vergleich zu einem 12-semesterigen Studium als gering anzusehen; nur über Zusatzdienstzeiten, die nicht familienfreundlich sind, kann das Gehalt erheblich aufgestockt werden.

Die AfD fordert geldwerte Vorteile, z. B. die Stellung kommunaler Praxisräume – gerne in Kombination mit Facharztpraxen und Ärztezentren im kommunalen Raum. Es muss Zuschüsse zur Erstausrüstung oder zur Miete sowie Bürgschaften für die Neueinrichtung von Arztpraxen durch die Kommunen geben. Dienstfahrzeuge für Hausbesuche sollten gestellt werden, um die Versorgung auch in entfernteren Regionen sicherzustellen. Personalkosten für den Betrieb der Praxen können von der Kommune anteilig getragen werden.

Ergänzend wollen wir Gemeindeschwestern, Versorgungsassistenten, Hebammen und Apotheker etablieren, die Hausärzte entlasten und die Versorgung koordinieren.

In Kliniken fehlt es an deutschsprachigem Fachpersonal. Es ist für den Patienten schwierig, seine Belange zu erklären, wenn der Arzt ihn nicht versteht.

Die AfD setzt sich für den Aufbau kommunaler Gesundheitszentren und Medizinischer Versorgungszentren in kommunaler, freiberuflicher oder frei-gemeinnütziger Trägerschaft ein. Diese bieten jungen Ärzten eine

attraktive Alternative zur eigenen Praxis und sichern die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Versorgungsfremde Investoren, die medizinische Einrichtungen primär als Renditeobjekte ansehen, lehnen wir ab.

2. Fachärztliche Versorgung wohnortnah organisieren

Rund 55.000 bis 60.000 erwachsene Bürger im Kreis Nienburg haben keinen Führerschein. Viele Menschen im Kreis können aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr Auto fahren oder öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Sie sind auf kostenintensive Fahrdienste angewiesen oder von Familie und Freundeskreis abhängig.

Gerade für chronisch Kranke, ältere Menschen und komplexe Krankheitsbilder ist die fachärztliche Versorgung unverzichtbar. Kommunen sollen die Ansiedlung von Fachärzten gezielt unterstützen, insbesondere in integrierten Gesundheitszentren gemeinsam mit Hausärzten (siehe oben), Therapeuten und Diagnostik – auch, um Wege kurz zu halten. Es kann nicht sein, dass kranke Menschen, häufig schmerzbelastet, sich auf langen Wegen und über lange Wartezeiten zum Arzttermin quälen müssen.

Eine enge Kooperation mit Krankenhäusern ist dabei zentral. Krankenhausnahe medizinische Versorgungszentren sollen bevorzugt in kommunaler oder frei-gemeinnütziger Trägerschaft geführt werden. Telemedizin kann sinnvoll ergänzen, darf aber die persönliche Präsenzversorgung nicht ersetzen. Flexible Sprechzeiten und zusätzliche Angebote für Berufstätige sind ausdrücklich zu unterstützen.

Auch eine mobile Ärzteversorgung wäre ein Ansatz: Röntgen- und Ultraschallgeräte sowie weiteres Equipment könnten in einem Arztmobil, das von der Kommune gestellt wird, mitgeführt werden. Tierärzte leben dies vor.

3. Krankenhäuser erhalten und Notfallversorgung sichern

Wohnortnahe Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sind das Rückgrat medizinischer Sicherheit. Fusionsprojekte in Niedersachsen lehnt die AfD Nienburg-Schaumburg ab. Seit 2013 wurden in Niedersachsen landesweit 27 Krankenhäuser geschlossen, sodass sich die Anzahl der Kliniken in Niedersachsen auf 161 reduziert hat.

Die AfD setzt sich auf kommunaler Ebene gegen Schließungen, Herabstufungen und weitere Privatisierungen ein und prüft die Re-Kommunalisierung gescheiterter Modelle.

Eine verlässliche Notfallversorgung rund um die Uhr, erreichbare Geburtsstationen, ausreichend Notarztstandorte und Rettungswachen sind sicherzustellen. Palliativ- und Hospizversorgung sollen ausgebaut und besser vernetzt werden. Kommunale Krankenhäuser müssen sich auf die Versorgung konzentrieren können; dafür sind Bürokratieabbau, Ausnahmen von Mindestfallzahlen und eine leistungsgerechte Finanzierung notwendig.

4. Therapeuten als Teil der Versorgungskette stärken

Wer einen Termin bei einem Therapeuten benötigt, hat häufig lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Unmittelbar als Anschlussbehandlung – um die vorangegangene medizinische Behandlung erfolgreich werden zu lassen – ist es kaum realisierbar, einen Termin beim Physio-, Ergo-, Logo- oder Psychotherapeuten zu bekommen. Eine Stabilisierung des Gesundheitszustandes durch einen Therapieplatz ist nicht sichergestellt.

Die AfD fordert die Förderung kommunaler Therapiezentren, in denen verschiedene Berufsgruppen unter einem Dach zusammenarbeiten. Eine klare Bewerbung therapeutischer Berufe und eine bessere Verzahnung mit Ärzten, Kliniken und Pflegeeinrichtungen hilft, Versorgungslücken insbesondere nach Klinikentlassungen zu schließen.

Bürokratische Belastungen sind in diesem Bereich zu reduzieren. Kommunale Servicestellen oder digitale Unterstützungsangebote können bei Abrechnung, Dokumentation und Organisation entlasten. Besondere Aufmerksamkeit gilt zunehmend Angeboten für Kinder, etwa in der Frühförderung. Maßnahmen für Schüler müssen – soweit räumlich möglich – in der Schule durchgeführt werden können. Für Senioren und Menschen mit Behinderung müssen neben Praxisangeboten auch Angebote für Demenzbegleitung sowie Mobilitätsentwicklung und Prävention in Einrichtungen und zu Hause sichergestellt werden.

5. Apotheken vor Ort erhalten

Apotheken liefern auch am Wochenende medizinische Versorgung mit hoch qualifiziertem Personal. Ein duales Studium dauert in Deutschland 10 Semester. Die Handlungskompetenzen der Apotheker sind

paradoxerweise stark eingeschränkt, obwohl ihre Kenntnisse über Medikamente – auch über Alternativen – oft komplexer sind als die der Ärzte- und Fachärzteschaft.

Apothekern sollte deutlich mehr Beratungskompetenz zugesprochen und die Möglichkeit gegeben werden, bestimmte Medikamente zu verschreiben, was zu einer Honorierung führen muss. Dies wollen wir über die Kommunen bis in den Bundestag vorantreiben – die bisher geplante Apothekenreform der regierenden Koalition reicht absolut nicht aus.

In vielen Bereichen sind Apotheken wichtige Beratungs-, Versorgungs- und Notfallstellen und sollen stärker in Präventions-, Notfall- und Katastrophenschutzkonzepten eingebunden werden.

Es besteht eine hohe Bürokratie, die häufig zum Stolperstein der Apotheken bei der Abrechnung mit den Krankenkassen wird. Wie kann es sein, dass durch einen Spezialisten herausgegebene Medikamente nicht finanziell ersetzt werden?

Deutschland und damit auch das Land Niedersachsen hat einen Medikamentenengpass – es fehlt an Medizin. Allein die Beschaffung des notwendigen Hustensaftes für Kinder bedarf zeitintensiver Beschäftigung durch den Apotheker; eine Entlohnung sehen die geplanten Gesetze nicht vor.

Die AfD setzt sich für den Erhalt wohnortnaher Präsenzapotheken ein und lehnt eine weitere Bevorzugung von Versandhandel und Ketten ab. Kommunale Standortpolitik kann dazu beitragen, Apotheken in Ortszentren und Außenbereichen zu halten und Neugründungen in unterversorgten Gebieten zu ermöglichen. Auch hier wäre eine mobile Apotheke mit kommunal gestelltem Fahrzeug möglich, die eine Grundpalette an Medikamenten zur Verfügung stellt, um nicht mobile Bürger spontan mit Medikamenten und Hilfsmitteln zu versorgen.

6. Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und Prävention ausbauen

Das Deutsche Ärzteblatt berichtet am 25.10.2024 über einen Anstieg der motorischen Entwicklungsstörungen bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren um 77 % im Verhältnis zum Jahr 2013. Bei den Sprachentwicklungsstörungen lag der Wert im selben Vergleich bei 104 %.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst in den Kreisen Nienburg und Schaumburg ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Gesundheitsämter müssen personell und technisch wieder angemessen ausgestattet werden. Schul- und Kindergesundheit, regelmäßige Untersuchungen sowie sachliche Präventionsprogramme zu Bewegung, Ernährung und Sucht sind zu stärken – ohne ideologische Bevormundung.

Sport, Bewegung und Ernährung sind der Kern der Gesundheitsprävention. Kommunen sollen Vereinsstrukturen, Bewegungsangebote und niedrigschwellige Programme für alle Altersgruppen unterstützen.

7. Pflege und Altenhilfe kommunal absichern

Kommunen tragen direkte Verantwortung für die Pflegeinfrastruktur. Die AfD lehnt weitere Privatisierungen kommunaler Alten- und Pflegeheime ab und setzt auf Qualität, Würde und Verlässlichkeit. Kurzzeit- und Tagespflegeangebote sind auszubauen, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Beratungsstellen, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Besuchsdienste und Hausnotrufsysteme sollen kommunal unterstützt und besser vernetzt werden.

Anstatt in teure, nicht effiziente Klimaideologien zu investieren, sollte der Bund – und dies regt die AfD aus der Kommune heraus an – grundsätzlich private Umbau- und Baumaßnahmen zum behinderten- und altersgerechten Wohnen im eigenen Heim finanziell unterstützen (was von Kranken- und Pflegekassen geleistet wird, reicht nicht aus und betrifft keine vorsorglichen Baumaßnahmen). So könnten alte und behinderte Menschen in ihrem Heim verbleiben – was definitiv eine Art von Altersvorsorge ist – und müssten keine stationären Einrichtungen aufsuchen, die in den meisten Fällen Abfertigungscharakter haben, ihr Geld keineswegs wert sind und Pflegekassen und Bürger schröpfen.

8. Digitalisierung und Bürokratieabbau im Gesundheitswesen

Die sorgfältige Arbeit von Ärzten, Pflegekräften und Therapeuten soll durch Digitalisierung erleichtert werden. Wenn Digitalisierung dazu führt, immer mehr Aufwand betreiben zu müssen, ist sie nutzlos. Jede Form von Nutzlosigkeit lehnt die AfD ab. Es sollen nur praxistaugliche

digitale Lösungen gefördert werden, die Abläufe vereinfachen und Zeit für Patienten schaffen.

Kommunale Servicestellen sollen Gesundheitsberufe bei Formularwesen, Förderanträgen und organisatorischen Fragen unterstützen. Gleichzeitig müssen Kommunen ihre Stimme gegenüber Land und Bund nutzen, um auf einen konsequenten Bürokratieabbau im Gesundheitswesen hinzuwirken.

Das IT-Servicesystem, das für Schulen greifbar gemacht werden soll, muss auch für unsere Gesundheitsdienste kurzfristig verfügbar sein. Auch hier denkt die AfD in der Vernetzung der Systeme.

9. Finanzierung und politische Prioritäten neu ordnen

Die AfD Nienburg-Schaumburg sieht die Gesundheit ihrer Bürger als Kernaufgabe kommunaler Politik. Haushaltsmittel sind vorrangig für Krankenhäuser, Gesundheitszentren, Arzt Häuser, Apotheken und Therapieeinrichtungen einzusetzen. Ideologische Prestigeprojekte dürfen nicht länger Vorrang vor Versorgungssicherheit haben. Kommunen haben die Effektivität ihrer ansässigen Ärzte zu prüfen.

Jede Kommune muss autark, im Sinne ihrer Bürger, in gesundheitlich unübersichtlichen Notsituationen entscheiden können. Gigantische Fehlsteuerungen wie die erheblichen Ausgaben für die nicht zielführende Corona-Politik dürfen sich nicht wiederholen. Die Kommune kennt ihre Strukturen und Möglichkeiten am besten und kann diese nutzen.

Die AfD tritt generell für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ein, damit diese im Gesundheitsbereich ihre Aufgaben voll erfüllen können.

UNSERE FORDERUNG

Gesunde Bürger sind aktive Bürger – aktive Bürger beleben das Sozial- und Finanzwesen einer Kommune.



KAPITEL 9

MEHR DEMOKRATIE WAGEN – BÜRGER ENTSCHEIDEN!

Demokratie, Grundwerte und Europa

Kommunale Selbstverwaltung stärken – Bürger beteiligen

UNSERE FORDERUNG

Demokratie lebt von Beteiligung, Transparenz und Verantwortung!

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen Niedersachsens erfahren Bürger staatliches Handeln unmittelbar. Gerade auf kommunaler Ebene entscheidet sich, ob politische Entscheidungen nachvollziehbar sind, ob Verwaltung als Dienstleister wahrgenommen wird und ob Bürger tatsächlich Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensumfeldes nehmen können.

Die AfD setzt sich für eine Stärkung der kommunalen Demokratie ein. Ziel ist es, die Selbstverwaltung zu sichern, Bürgerbeteiligung auszubauen, politische Entscheidungsprozesse wieder stärker an den Grundsätzen von Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit auszurichten und das Auskunftsrecht für die Bürger zu stärken.

1. Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene stärken

Direkte Demokratie ist ein wesentliches Instrument zur Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ermöglichen es, kommunalpolitische Fragen unmittelbar durch die Bevölkerung zu entscheiden, und stärken damit das Vertrauen in demokratische Prozesse. Wir fordern mehr Mitbestimmung durch den kommunalen Bürger bei Projekten und Strukturentscheidungen.

Die Schweiz als reichstes Land der Welt lebt mit ihren Volksabstimmungen ein höheres Maß an Demokratie vor. Die AfD fordert bundespolitisch die Einführung von Volksabstimmungen, um den Bürgerwillen direkt in politische Entscheidungen einzubeziehen. Deutsche Bürger sind kluge Bürger – anders, als entmündigende Regierungsparteien glauben machen wollen. Unsere Bürger werden mit ihren Stimmen gute Politik für ihr Deutschland und ihre Länder machen.

2. Ablehnung nicht legitimierter Bürgerräte und Parallelstrukturen

Räte und andere Gremien mit Beratungscharakter, die nicht direkt vom Bürger gewählt wurden, lehnt die AfD ab.

3. Verwaltung im Dienst der Bürger

Die AfD Nienburg-Schaumburg sieht als zentralen Grundwert kommunaler Demokratie die Gleichbehandlung aller Bürger. Öffentliche Einrichtungen, kommunale Räume und Verwaltungsleistungen müssen weltanschaulich und religiös neutral bleiben.

Eine Privilegierung oder Benachteiligung aufgrund von Status, Parteizugehörigkeit, Migrationshintergrund, Religion oder Tätigkeit für bestimmte NGOs und Vereine ist mit dem Selbstverständnis einer demokratischen Kommune nicht vereinbar und widerspricht dem Grundgesetz.

4. Politische Verantwortung und Transparenz stärken

Demokratie setzt voraus, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar sind und Verantwortlichkeiten klar benannt werden. Kommunalpolitische Beschlüsse müssen transparent vorbereitet,

beraten und umgesetzt werden. Bürger haben Anspruch auf vollständige Information über Ziele, Kosten und Folgen politischer Entscheidungen.

Die AfD steht für eine offene, ehrliche und transparente Kommunalpolitik. Entscheidungen sollen erklärbar sein und sich am Wohl der gesamten Bevölkerung orientieren.

5. Stellen in der Verwaltung nach fachlicher Qualifikation besetzen

Gerade im höheren Dienst ist die Entwicklung zu beobachten, dass Stellenbesetzungen immer wieder nach Sympathie und nicht nach Qualifikation erfolgen. Dies schadet dem Ansehen und der Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

Die kommunale Verwaltung ist als Stütze eines wirtschaftlichen Unternehmens – der Kommune – zu betrachten. Infolgedessen ist sie auch wirtschaftlich wirksam und hoch qualifiziert zu besetzen. Eine Sympathiebesetzung nach Parteibuch ist nicht zielführend, erleichtert Korruption und ist zu unterbinden.



KAPITEL 10

ENERGIE BEZAHLBAR MACHEN – VERSORGUNG SICHERN!

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

Versorgungssicherheit, Wahlfreiheit und kommunale Verantwortung

Klima-, Energie- und Digitalpolitik beeinflussen unmittelbar das Leben der Bürger der Kreise Nienburg und Schaumburg. Politische Fehlentscheidungen treffen den Bürger direkt – dies spiegelt sich in Kaufkraftverlust, höherem Arbeitsaufwand und der Verschandelung seines Lebensumfeldes wider.

Geplante Beschlüsse gehören transparent an den Bürger herangetragen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss klar definiert und veröffentlicht werden – ohne Einbezug ideologischer Interessen.

1. Sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Jede Kommune ist auf eine zuverlässige Energieversorgung ihres Gesundheitssystems, der Alten- und Pflegeversorgung, der Privatpersonen und ihrer wirtschaftlichen Standorte angewiesen.

UNSERE FORDERUNG

Energie ist die Grundlage von Leistungsfähigkeit und öffentlicher Sicherheit – sie muss wieder jederzeit ausreichend verfügbar gemacht werden.

Moderne, wetterabhängige Energiequellen sind unzuverlässig und dienen keinesfalls der Sicherung der notwendigen Stromversorgung. Die Kommunen Nienburgs und Schaumburgs sehen sich hier der Gefahr von Stromausfällen ausgesetzt und müssen auf Netzstörungen vorbereitet werden. Notstromkonzepte für kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser, Wasserwerke, Rettungsdienste und Tankstellen sind notwendig, um die Versorgung der Bevölkerung auch im Krisenfall sicherzustellen.

Die AfD respektiert den freien Willen der Bürger: Es muss ihnen ermöglicht werden, Energie in jeder Form für ihre Mobilität zu nutzen. Dies ist nur möglich, wenn alle Energieträger gut zu tanken oder zu laden sind. Für Verbrenner ist das Tankstellennetz gut ausgebaut; das Laden von E-Autos erweist sich in unseren Regionen allerdings als schwierig. Es ist unabdingbar, das Netz von Ladesäulen – nicht nur im ländlichen Raum – auszubauen, um hier ein Fortkommen zu beschleunigen.

2. Windkraftausbau begrenzen und Altanlagen vollständig zurückbauen

Die AfD lehnt die Ausweisung weiterer Flächen für Windkraftanlagen im Rahmen der regionalen Raumordnung ab.

Windkraft hat lediglich als Unterstützungsenergie angesehen zu werden. Ein Ausbau hat ausschließlich an Orten zu erfolgen, die bereits im industriellen Rahmen genutzt werden. Agrarland ist unbedingt zu schützen. Wo Flora, Fauna und Tiere auch nur im Ansatz geschädigt werden könnten, ist von einer Bebauung abzusehen.

Eine gesundheitliche Belastung der Bevölkerung durch Drehgeräusche oder wiederkehrende Schattenspiele muss ausgeschlossen werden können.

Nicht mehr wirtschaftlich betreibbare Altanlagen sind einschließlich ihrer Fundamente vollständig zurückzubauen. Für bestehende Anlagen in geringer Entfernung zur Wohnbebauung setzen wir uns für nächtliche Abschaltungen sowie eine Überwachung der Feinstaubbelastung ein.

Gerade in Trinkwassereinzugsgebieten ist dem besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da – wenn auch in geringen Mengen – Gase und Öle austreten.

Der weitere Ausbau der Windenergie führt zu erheblichen Belastungen für Mensch und Natur. Glasfaserabrieb an Rotorblättern belastet Boden und Wasser, die Zersiedelung behindert die Nutzung der Agrarflächen, und die Verschandelung mindert den Erholungswert für Ausflügler und Urlauber.

Es werden sowohl gesundheits- als auch umweltschädliche Stoffe und Chemikalien benötigt, um ein Windrad zu betreiben. Schwefelhexafluorid, ein Gas, dient als Isolier- und Löschmittel in den Schaltanlagen. Es ist das stärkste bekannte Treibhausgas der Welt und wird beim Betreiben der Anlage freigesetzt; es werden Alternativen gesucht, um es zu ersetzen. Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen sollen vor Korrosion schützen und werden in Dichtungen verwendet. Sie heißen nicht umsonst Ewigkeitschemikalien, denn sie sind schwer abbaubar und reichern sich in der Umwelt an.

Öle und Schmierstoffe für Getriebe, Generatoren und Lager gelangen bei Undichtigkeiten in die Natur.

Eine Windradentsorgung belastet die Umwelt. Es braucht spezielle Rückbauunternehmen: Beton muss zerkleinert werden und wird im Anschluss dem Straßenbau zugeführt, Metalle werden gut verwertet – es können bis zu 90 % unter hohem Arbeits-, Verfahrens- und Materialaufwand recycelt werden. Ein Rückbau ist somit sehr kostspielig.

Rotorblätter werden zu Sondermüll, der Kunststoff ist nicht verwertbar. Sie werden im Ausland entsorgt, oft vergraben oder einfach liegen gelassen. Mikroplastik gerät in den Boden, ins Grundwasser und in die Meere. Kein Problem, wenn dies im Ausland geschieht – ist das dann etwa deutscher Umweltschutz? Das Verschieben von Umweltverschmutzung und Klimaschädigung in andere Länder ist ein Grundkonzept der Bundesregierung.

3. Solarenergie maßvoll und naturverträglich einsetzen

Sonnenkollektoren sind ebenfalls eine gute Ergänzungsenergie und geben jedem privaten Nutzer die Möglichkeit, eigene Energie zu produzieren. Sonnenkollektoren gehören auf Dächer verbaut; es dürfen

keine Grün- oder Ackerflächen dafür verbraucht werden, denn diese dienen dem Erhalt von Insekten wie Bienen oder dem Lebensmittelerwerb.

4. Windgestützte Unabhängigkeit

Privat genutzt können kleine Energieräder auf dem eigenen Grundstück angebracht werden, sofern eine unkomplizierte Prüfung durch das Bauamt keine Belästigung der Nachbarschaft ergeben hat. Diese Räder dienen ausschließlich dem privaten Stromerwerb für dieses eine Gebäude; der Besitzer darf dies im völligen Eigeninteresse betreiben.

5. Bewährte Kraftwerkstechnologien erhalten und nutzen

Die AfD sieht den Ausstieg aus bewährten Kraftwerkstechnologien als schweren Fehler an. Versorgungssicherheit erfordert grundlastfähige Energiequellen. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir Vorhaben, die eine stabile, bezahlbare und krisenfeste Energieversorgung sicherstellen.

Gleichzeitig ist eine verantwortungsvolle und sichere Endlagerung* radioaktiver Abfälle notwendig. Entscheidungen hierzu müssen transparent, sachlich und unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten getroffen werden.

*Es ist aktuell davon auszugehen, dass bisherige Rückstände mit neuer Kraftwerkstechnologie erfolgreich als Brennstoff weitergenutzt werden können, was Kosten spart und die Rückstände eventuell deutlich „entschärft“.

6. Digitalisierung mit Augenmaß – analogen Zugang erhalten

Digitalisierung darf Bürger nicht ausgrenzen oder überwachen. Alle kommunalen Verwaltungsleistungen müssen neben digitalen Angeboten weiterhin analog ansprechbar bleiben. Das Recht auf ein analoges Leben ist zu schützen.

Die AfD setzt sich für datenschutzkonforme, transparente und sichere digitale Lösungen ein. Open-Source-Software ist zu bevorzugen, sofern sie wirtschaftlich und funktional geeignet ist. Digitale Systeme dürfen nicht zur Erstellung von Bewegungsprofilen oder zur Einschränkung von Freiheitsrechten genutzt werden.

7. Digitale Infrastruktur sicher und flächendeckend ausbauen

In vielen – und nicht nur ländlichen – Bereichen fehlt in Niedersachsens Kommunen schlicht Netz oder Internet-Speed im Festnetz: Deutschland fällt weiter zurück auf Platz 64 (Ookla Speedtest Global Index, Stand Nov. 2025). Viele infrastrukturell schwache Länder haben ein besseres und schnelleres Internet als Deutschland.

Glasfaseranschlüsse werden in Ballungsgebieten bereitgestellt, aber häufig aus Kostengründen nicht genutzt. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur steht in ländlichen Kommunen Niedersachsens häufig schlicht nicht zur Verfügung – von Speed ganz zu schweigen. Das geltende Recht auf Roaming, verankert im Telekommunikationsgesetz, gehört flächendeckend umgesetzt.

Eine umfassende Stabilisierung der Vernetzung ist Teil des AfD-Programms. Fördermittel sind prioritär zur Schließung von Funklöchern einzusetzen, bevor bestehende Netze in Ballungsräumen weiter verdichtet werden.

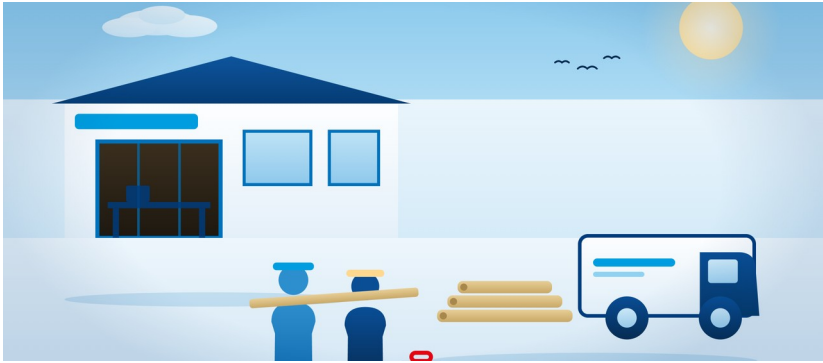
Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen sind als existenziell einzustufen und mit allen Mitteln auszuschließen. Wichtige Infrastrukturen wie kommunale Versorgungsbetriebe und Verwaltung müssen durch regelmäßige Kontrollen und Sicherheitsprüfungen gegen Hackerangriffe geschützt werden.

8. Technik verantwortungsvoll und praxisnah einsetzen

Weder im Kreis Schaumburg noch im Kreis Nienburg werden Serienfahrzeuge gefertigt, allerdings gibt es Zulieferer aus dem Maschinen- und Apparatebau, dem Teilehandel und dem Bereich Nutzfahrzeug-Spezialaufbauten. Um Arbeitsplätze und kommunale Strukturen nicht zu gefährden, muss der Unternehmer frei wählen können, welche Antriebsart z. B. im Maschinenbau angewendet werden soll – denn er trägt die Verantwortung für eine effiziente Führung seines Unternehmens und die finanzielle Sicherheit seiner Mitarbeiter.

Technologische Vorgaben oder Verbote einer Antriebstechnik lehnt die AfD ab. Ein Unternehmen soll gewinnbringend geführt werden; dies liegt in der Verantwortung des Gewerbetreibenden – nur er trägt das finanzielle Risiko.

Bei der kommunalen Beschaffung von Fahrzeugen ist Technologieoffenheit zu wahren. Dabei ist den exorbitanten Anschaffungskosten z. B. von Elektrobussen gegenüber konventionellen Fahrzeugen in Zeiten knapper Kassen mehr Beachtung beizumessen. Viele Busunternehmen kommen bereits zurück zum Verbrenner, da die Anschaffungskosten von Elektrobussen hoch sind und die Energiebeschaffung bei weiten Strecken und im Ausland schwer realisierbar ist.



KAPITEL 11

STEUERN RUNTER, WOHLSTAND RAUF!

Wirtschaft, Handwerk und kommunale Standortpolitik

Wirtschaft stärken – Arbeit sichern – Wohlstand ermöglichen

Die leistungsfähige Wirtschaft einer Kommune sollte das Herz ihres Wohlstands sein. Steuereinnahmen schaffen bei guter Planung finanziellen Spielraum und die Möglichkeit, wichtige Investitionen anzugehen. Während der Wirtschaftsstandort Kreis Nienburg als unterdurchschnittlich in Niedersachsen anzusehen ist, stellt sich Schaumburg über mittelständische Unternehmen tatsächlich solide auf.

Hier sieht sich die AfD in ihrem Bestreben gestärkt, mittelständische und kleinere Unternehmen auf finanziell sicheren Boden zu stellen. Mehr eigene Entscheidungsfreiheit, weniger Steuerlast und bürokratisch unproblematische Investitionen liegen im Interesse dieser Unternehmen.

Die AfD steht für eine kommunale Wirtschaftspolitik, die Unternehmergeist ermöglicht, Leistung anerkennt und bürokratische Hemmnisse abbaut. Kommunen müssen Rahmenbedingungen schaffen, in denen Betriebe investieren, Arbeitsplätze entstehen und Handwerk sowie Mittelstand wieder wachsen können. So werden wir auch den Standort Nienburg wirtschaftlich entwickeln.

1. Wirtschaft als Fundament kommunaler Leistungsfähigkeit

Arbeitsplätze sichern – Zukunft gestalten

Eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft an den Standorten der Kreise Nienburg und Schaumburg ist absolut zu fördern, denn sie hat es verdient. Gewinnerzielende Unternehmen mit Mitarbeitern generieren Steuermittel für die Kommune, die damit die Finanzierung kommunaler Aufgaben in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Sozialpolitik sicherstellt.

Viele dieser Steuereinnahmen werden zur „Fremdfinanzierung“ genutzt: So zahlt die Bundesregierung aus diesen Mitteln freiwillig einen viel zu hohen Prozentsatz (5,69 % aller Beitragszahler) für die regulären Haushalte der UN.

Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind zentrale Ziele kommunaler Verantwortung. Arbeitsplätze sichern die Existenz von Einzelnen und Familien ebenso wie das kommunale Auskommen.

Das Fördern von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen ist prioritär zu berücksichtigen. Eine finanzielle Bestrafung von Firmen, die es nicht schaffen, 5 % ihrer Stellen mit Mitarbeitern mit Behinderungen zu besetzen, lehnt die AfD konsequent ab. Bei vielen Firmen ist der Wille da, aber es melden sich nicht genügend Menschen mit Behinderungen auf ausgeschriebene Stellen – selbst wenn diese mit dem Vermerk versehen sind, dass die Anstellung von Menschen mit Behinderungen prioritär ist.

Ein präzises Förderprogramm für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen, die aus Förderschulen für geistige und körperliche Entwicklung kommen und sich auf dem ersten Arbeitsmarkt etablieren könnten, sollte für die Firmen und in den Firmen umgesetzt werden.

Das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen wird in seinem Sinne nicht integrativ umgesetzt. Vielmehr werden viele Menschen mit Einschränkungen pauschal in Werkstätten abgeschoben, obwohl eine tatsächlich integrative Arbeit mit Unterstützung möglich und auf Dauer kostengünstiger wäre. Kommunen tragen zum großen Teil die Kosten dieser Form der Beschäftigung über Tagessätze, da die Einnahmen der Betreiber zur Finanzierung der

Werkstätten nicht ausreichen. Auch der weitere Ausbau des Werkstätten-Netzes wird kommunal betrieben.

Die AfD Nienburg-Schaumburg fordert eine Überprüfung der tatsächlich möglichen Arbeitsleistung unter Förderung in der Werkstatt gegenüber einer Förderung in niedersächsischen Betrieben – und der damit entstehenden Nutzen für alle Seiten. Ferner muss die Akzeptanz in der Bevölkerung für rechtschaffen arbeitende Menschen mit Beeinträchtigungen steigen. Das Ansehen eines Wirtschaftsunternehmens, das Menschen mit Beeinträchtigungen einstellt, muss sich finanziell auszahlen – nicht andersherum.

2. Mittelstand und Handwerk stärken

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist die regionale Wirtschaft stärker zu berücksichtigen. Es muss in den Kommunen eine Zahlungsmoral herrschen können, die es kleineren Unternehmen ermöglicht, an Wettbewerben um öffentliche Ausschreibungen teilzunehmen, damit Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen vor Ort generiert werden.

Wir schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und verbindliche Bearbeitungsfristen für kommunale Genehmigungen. Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen statt permanent neuer Auflagen.

3. Wirtschaftsfreundliche Standortpolitik

Für wirtschaftliche Standorte ist es wichtig, Ansiedlungen von Unternehmen zu ermöglichen und deren Wirtschaftlichkeit zu stärken, damit Unternehmer am Standort verbleiben möchten.

Kommunen stehen im Wettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze und Fachkräfte. Eine aktive Standortpolitik umfasst die Bereitstellung geeigneter Gewerbeflächen, eine leistungsfähige Verkehrsanbindung sowie eine verlässliche Energie- und Infrastrukturversorgung.

4. Zusammenarbeit mit Land und Bund

Wirtschaftliche Hemmnisse abbauen – die Verantwortung von Land und Bund einfordern

Viele wirtschaftliche Hemmnisse entstehen durch Vorgaben von Land und Bund. Kommunen müssen gemeinsam darauf hinwirken, diese

Belastungen zurückzuführen. Förderprogramme müssen praxisnahe Bedingungen zugrunde legen und dürfen nicht marktverzerrend wirken. Ein Programm, das nur aufgrund von Fördergeldern gewinnbringend arbeitet, ist kein nützliches Programm und gehört eingestellt.

Bei der Finanzierung und dem Erhalt der Verkehrsinfrastruktur ist der Bund stärker in die Pflicht zu nehmen, um gleichwertige Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum sicherzustellen.

5. Ausbildung, Fachkräfte und Nachwuchs

Zukunft vor Ort sichern!

Im Ausbildungsjahr 2025/2026 bleiben in Niedersachsen tausende Ausbildungsplätze unbelegt (Statistisches Bundesamt). Dabei braucht eine starke Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte. Kommunen sollen Betriebe bei Ausbildung, Nachwuchsgewinnung und Berufsorientierung unterstützen. Das Stärken der Kooperation zwischen Schulen, Betrieben und Handwerkskammern liegt im Fokus unserer kommunalen Politik. Dabei setzt die AfD auf den Ausbau der dualen Ausbildung und eine praxisnahe Berufsorientierung.

Die AfD fordert bereits in Schulen mehr Praxisphasen, um den Schülern vielfältige Berufsfelder zu eröffnen. Ziel ist es, junge Menschen in der Region zu halten und ihnen in unseren Kreisen langfristige Perspektiven aufzuzeigen.

6. Kommunale Abgaben, Gebühren und Kosten

Belastungen begrenzen – Fairness herstellen

Steigende Gebühren, Abgaben und Auflagen belasten Unternehmen zunehmend. Die AfD will eine regelmäßige Prüfung der Gebührenordnungen umsetzen, um damit wirtschaftliche Tragfähigkeit sicherzustellen.

7. Ideologiefreie Wirtschaftspolitik

Sachorientierung statt Symbolpolitik

Wirtschaftspolitik darf kein Experimentierfeld für Ideologien sein. Klimapolitische, gesellschaftspolitische oder symbolische Projekte dürfen nicht zulasten von Betrieben, Arbeitsplätzen und kommunaler Wettbewerbsfähigkeit gehen.

Ideologisch motivierte Förder-, Verbots- oder Lenkungsprojekte lehnt die AfD ab.

Kommunale Entscheidungen müssen sich an Wirtschaftlichkeit, Nutzen und langfristiger Tragfähigkeit orientieren.

8. Wohlstand sichern – soziale Abhängigkeit vermeiden

Leistung ermöglichen statt Umverteilung verwalten

UNSERE FORDERUNG

Eine starke Wirtschaft ist die beste Sozialpolitik.

Wo Arbeitsplätze entstehen und Einkommen erwirtschaftet werden, sinkt die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Kommunale Wirtschaftspolitik muss daher auf Wachstum, Beschäftigung und Eigenverantwortung setzen – nicht auf dauerhafte Umverteilung und Subventionierung.

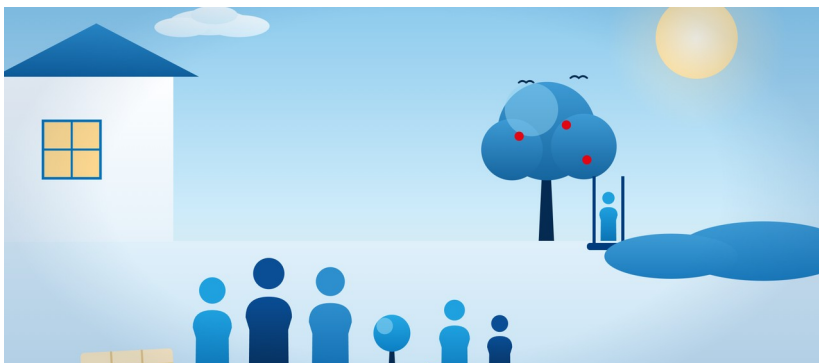
9. Kommunale Betriebe: keine Privatisierungen gegen die Bürger

Betriebe der kommunalen Infrastruktur (Gas, Wasser/Abwasser, Krankenhäuser etc.) besitzen eine herausragende Bedeutung für die Bevölkerung und dürfen nur im Einvernehmen mit den betroffenen Bürgern privatisiert werden.

Den schlechten Erfahrungen früherer Privatisierungswellen – z. B. auch in der Krankenhausversorgung – ist Rechnung zu tragen; entsprechende EU-Vorgaben oder Handelsabkommen sind zurückzuweisen.

10. Planungs- und Genehmigungszeiten verkürzen

Ein großes Hindernis auf dem Weg zu einer zügigen Modernisierung der Infrastruktur, gerade auch in den Kommunen, sind lange Planungs- und Genehmigungszeiten mit einer Fülle von Einspruchsberechtigten und „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ – was zudem die Kosten in die Höhe treibt. Die AfD fordert eine grundlegende Überprüfung der Verfahren sowie eine deutliche Verkürzung der Dauer der Rechtswege.



KAPITEL 12

SOZIALSTAAT SCHÜTZEN – GERECHTIGKEIT DURCHSETZEN!

Soziales, Jugendhilfe und kommunale Belastungsgrenzen

Ordnung – Verantwortung – Gerechtigkeit

Sozialpolitik wird nicht in Berlin, sondern in den Rathäusern Niedersachsens umgesetzt. In den Kommunen werden die Folgen bundes- und landespolitischer Fehlentscheidungen und Kostenverschiebungen (siehe Konnexitätsprinzip) unmittelbar sichtbar. Diese wirken sich gnadenlos auf die finanzielle, organisatorische und gesellschaftliche Lage in den Kommunen aus. Steigende Sozialausgaben, wachsende Pflichtaufgaben und zunehmende Ordnungskosten schränken den kommunalen Handlungsspielraum immer weiter ein.

1. Der soziale Notstand in den Kommunen

Kostenexplosion begrenzen – Handlungsfähigkeit sichern

Laut Statistischem Bundesamt (28.05.2026) stiegen die Sozialleistungen des Staates im Jahr 2025 gegenüber 2024 um 5,9 %. Auffällig ist, dass die Gesamtausgaben des Staates nur um 5,7 % angestiegen sind. Wohin ist das Geld aus dem Sondervermögen geflossen?

In vielen niedersächsischen Kommunen fließen heute erhebliche Teile des Gesamthaushalts in soziale Leistungen. Analysen zum Arbeitsmarkt (Wirtschaftsdienst, DOI: 10.2478/wd-2025-006) zeigen: Die Bürgergeldreform – erdosen durch SPD und Grüne im Jahr 2019 und

verabschiedet im Jahr 2022 – sollte eine Revolution im Sinne eines Aufbruchs sein. Tatsächlich bündelte sie bereits gelebte Anwendungen der letzten 20 Jahre und bediente sich einer Formel von Karl Marx (05.05.1818–14.03.1883). Es wird ersichtlich, wie „neuzeitlich“ die heute durchgeführte Grundsicherung ist – sie zeigt sich kaum tragfähig für die heute durch den Staat zugelassene Migrationswelle.

Die durch den Staat übertragenen Pflichtaufgaben verdrängen zunehmend notwendige Investitionen in Schulen, Straßen, Feuerwehren sowie Sport- und Kultureinrichtungen.

2. Zugeschnittene Hilfen für real Hilfebedürftige – Null-Linie für Illegale und Ausreisepflichtige

Die AfD Nienburg-Schaumburg ist eine sozial engagierte Partei, die mit den finanziellen Mitteln, die den Kommunen zur Verfügung stehen, ausschließlich unverschuldet in Not geratenen Bürgern Sicherung zukommen lassen will.

- **Wir sprechen von Arbeitslosen**, die dem Markt motiviert zur Verfügung stehen und dies im Rahmen von Praktika, Fortbildungen, Bewerbungen und Hospitationen verdeutlichen.
- **Wir sprechen von Alleinerziehenden**, die neben der Kindererziehung in Teilzeit oder sogar Vollzeit zur Arbeit gehen, um der Familie ein würdiges Leben, gute Bildung und soziale Einbindung zu ermöglichen. Hier fordern wir mehr finanzielle Unterstützung, um die Erziehung in der Familie zu sichern.
- **Wir sprechen von Kranken**, von Menschen mit Behinderungen und deren Familien, die unter der Benachteiligung brechen und aktiv Hilfe benötigen – nicht nur finanzielle.
- **Wir sprechen von Obdachlosen**, auch Kindern und Jugendlichen, die nicht mehr in der Lage sind, sich zu organisieren (häufig aufgrund psychischer Probleme; Therapie- und Klinikplätze sind nicht zuletzt von gewalttätigen, traumatisierten Migrant*innen belegt), und damit dem Hilfesystem nicht mehr zugänglich sind. Die Menschen, die im Winter erfrieren, hungern und auf der Straße versterben.

Wir fordern nachhaltige Prüfungen bei den Hilfeempfängern vor Ort, um zu helfen und um vor Missbrauch unserer Sozialsysteme zu schützen. Den Kommunen stehen Mittel im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes, der Eingliederungshilfe und der Migrationshilfe zur Verfügung; diese Mittel gehören gerecht verteilt.

So gehört z. B. der wichtige § 35a SGB VIII in seiner Beschreibung um ein Wort ergänzt: Diese Hilfe muss neben der Einzelbetreuung auch im Gruppenangebot rechtlich verankert werden, um sie nach Möglichkeit bei mehreren Kindern und Jugendlichen mit Bedarfen anwenden zu können. Auf diesem Wege ist die Chance gegeben, dass jeder Schüler mit Bewilligung seine Hilfe im notwendigen Rahmen bekommt.

Die finanziellen Mittel und die Organisation struktureller Modelle – so wie es aktuell von der Regierung beschlossen wurde – an die Schulen weiterzugeben, ist pädagogisch betrachtet der falsche Weg. Diese Hilfe gehört in die Obhut des Jugendamtes; hier planen Kinder- und Jugendspezialisten. Häufig sind Eltern-, Schüler- und Lehrerbeziehungen problematisch und verhindern einen guten Lernprozess beim Schüler – nun fällt hier der Elternwunsch weg. Wer vertritt den Schüler, wenn die Schulassistenz vom Lehrer gesteuert wird? Absolutes Bundesversagen!

Die Kommunen sehen sich erheblichen Ausgaben bezüglich arbeitsloser Migranten ausgesetzt. Wir fordern eine Prüfungsaktion über ein Jahr, in dem nachhaltig und vor Ort geprüft wird, wie mit der Hilfe umgegangen wird. Wer offensichtlich den Wohnraum verlassen hat, unverschuldet nicht zugänglich ist und/oder seine Termine zweimal in Folge nicht wahrnimmt, dem wird umgehend die Hilfe gestrichen. Dies gilt ebenfalls für Migranten, die sich nachweislich Gewaltdelikten schuldig gemacht haben.

Sollten diese Prüfungen für Leib und Leben der Prüfenden gefährlich werden, dürfen Polizei und Bundeswehr hinzugezogen werden.

Weniger Reglementierung und daraus folgende Bestrafungen für bereichernde kommunale Bürger – dadurch Ressourcen schaffen, um Sozialhilfebetrug zu minimieren und Bezahlkarten einzuführen.

Wir fordern und verfolgen ein faires Hilfesystem, das diejenigen, die sich in keiner Weise motiviert sehen, ein verlässliches, gewinnbringendes Mitglied unserer kommunalen, deutschen Kultur zu sein, die sich jedweder Arbeit widersetzen und nie in die Sozialsysteme eingezahlt haben, in keiner Weise unterstützt.

UNSERE FORDERUNG

Nur ein Hilfesystem, in dem Menschen mit tatsächlichen Bedarfen in der passenden Art und Weise und im

notwendigen Umfang unterstützt werden, ist effektiv und bezahlbar.

3. Jugendhilfe über dem Limit

Einzelfälle begrenzen – Systeme stabilisieren

Bundesweit – auch in den Kreisen Nienburg und Schaumburg – zeigt sich: Unser Jugendhilfesystem ist bereits über der Belastungsgrenze. Dies muss personell wie finanziell festgestellt werden.

Vernetzte schlechte Politik über die Familien- und Bildungspolitik hinaus führt in unserer Gesellschaft zu Lebensumständen, die eine förderliche Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen gerade in Familien mit geringeren Mitteln unmöglich machen. Dauerinstitutionalisierung und frühe Entfremdung führen zu sozialen und emotionalen Einschränkungen in der kindlichen Entwicklung. Kindergärten und Schulen überfrachten unseren Nachwuchs auch im jungen Erwachsenenalter mit Lärm und Unübersichtlichkeit. Auch junge Menschen brauchen Ruhe – Dauerlärm und Dauerstress überfordern den kindlichen und jugendlichen Geist.

Das System der Institutionalisierung unserer Kinder und Jugendlichen führt zu erheblichen seelischen Belastungen. Junge Menschen entwickeln Verhaltensauffälligkeiten, die in unserer Gesellschaft und gerade im Schulsystem nicht toleriert werden. Hier schließt sich ein unerbittlicher Kreis – und nein, das Kind trägt niemals die Schuld; nach Marga Rothe hat es immer einen Grund. Es ist Opfer, niemals Täter!

Immer mehr Kinder brauchen Hilfe, und diese ist im Einzelfall teuer. Doch nicht nur die finanzielle Erschwinglichkeit, die gesichert werden muss, setzt die kommunale Jugendhilfe zunehmend unter Druck – es fehlen Ressourcen. In der Schulassistenz, die durch den § 35a SGB VIII gesetzlich festgeschrieben ist, fehlt es an gutem Personal. Häufig werden Kräfte ohne Schulbildung und ohne Berufsabschluss durch die beauftragten Träger eingesetzt, da es keine qualifizierteren Kräfte gibt. Eine solche Hilfe bleibt ohne Wirkung – außer in den Kassen der Kommunen.

Schulassistenz kann in Anlehnung an die Ausbildung zum Sozialassistenten zu einem qualifizierenden Berufsbild gemacht werden; dieses könnte „Sozialassistent Schwerpunkt Schulassistenz“ heißen. Qualifiziertes Personal ist eher in der Lage, eine Mehrfachbetreuung

durchzuführen. Ziel der AfD ist es, Qualität in die Hilfe zu bringen und Mehrfachhilfen durch eine Person durchführen zu lassen. Auch hier müssen Kommunen eigene Richtlinien erarbeiten dürfen – sie kennen die Möglichkeiten ihrer Schulen und die besuchende Klientel.

Schulassistent muss flexibler gestaltet werden können, um effizient zu sein. Eine komplette Einstellung oder feste Strukturen lehnt die AfD ab; die Hilfe muss sinnvoll und ohne weitere Einschränkungen gestaltet werden können. Auch eine Einzelfallhilfe bleibt in Härtefällen anwendbar. Schulassistent im strukturellen Modell muss zurück in die Verantwortung der Jugendämter.

„Das Kind muss aus der Familie raus!“ – leichter gesagt als getan. Die Gesamtzahl der stationären und teilstationären Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen ist im Jahr 2023 um 4,11 % gestiegen – der höchste Anstieg der letzten 10 Jahre. Hier können wir die verfehlte Politik der letzten Jahre am Zustand unserer Familiensysteme ablesen.

Eltern sind nicht mehr erziehungsfähig. Es fehlt an einfachen pädagogischen Kompetenzen, da diese nicht vermittelt oder erlernt werden. Wenn kein Vermittler zur Verfügung steht, können Eltern im Umgang mit ihrem Kind keine erzieherisch wirksamen Verhaltensweisen etablieren. Aber hey – wer geht heute schon noch mit seinem Kind um? In der Regel finanziell gut aufgestellte Eltern, die sich eine ausgedehnte Elternzeit leisten können. Andere Kinder werden emotionale und körperliche Wärme vermissen müssen; es fehlt an Familienstruktur und Organisation, manchmal an der einfachsten Grundversorgung wie Nahrung und Hygiene.

Gewaltgeführte Familien, gerade in sozialen Brennpunkten, hinterlassen ihre Spuren in der kindlichen Gesundheit. Diese Fehlentwicklung führt zu hochproblematischen pädagogischen Einzelfällen, oft mit psychiatrischem Hintergrund. Magersucht, Angststörungen, Psychosen, die mit Gewaltbereitschaft einhergehen, Schulverweigerung, körperliche Selbstvernachlässigung, selbstverletzendes Verhalten und Suchtverhalten sind auf dem Vormarsch. Hier müssen Sozialarbeiter und Sozialpädagogen Lösungen schaffen.

Sollte im schlimmsten Fall eine Herausnahme des Kindes aus der Familie notwendig sein, muss eine passende Unterkunft gefunden werden. Doch es gibt immer weniger offene Plätze; der Bedarf ist in den letzten Jahren erschreckend angestiegen. Manchmal ist es notwendig, Notleidende in Hotels unterzubringen, um den Zugriff der Eltern auf sie unmöglich zu

machen. Natürlich ist dies ein teures Unterfangen. Doch besonders intensive Einzelfallhilfen – Einzelunterbringung, Rund-um-die-Uhr-Betreuung, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, externe Spezialträger und wiederkehrende Kriseninterventionen – sprengen jeden kommunalen Haushalt.

Die Konzentration erheblicher Mittel auf wenige Extremfälle führt dazu, dass präventive Angebote zurückgefahren werden, reguläre Hilfen für Familien verzögert stattfinden und Jugendämter dauerhaft im Krisenmodus arbeiten.

Es können und dürfen keine Kosten zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen eingespart werden: Wo Hilfe gebraucht wird, ist sie rechtlich verankert und durchzuführen. Das einzige Einsparpotenzial haben wir durch eine Einstellungsumkehr – wir müssen unseren Kindern wieder feste Bezugspersonen, nach Möglichkeit ihre Eltern, zur Verfügung stellen. Dabei ist es egal, ob Mutter oder Vater einen guten Teil des Tages zur Verfügung steht. Wichtig ist, dass Kinder behütet und in gesicherten Strukturen aufwachsen, sich sozial stabil entwickeln und nach kindlichen Bedürfnissen groß werden dürfen.

Überinstitutionalisierung lehnt die AfD ab. Eine notwendige Vollzeitbeschäftigung beider Eltern, nur um finanziell über die Runden zu kommen, schaffen wir ab!

4. Mangel an Personal in der Jugendhilfe

Der Jugendhilfe und deren Trägern mangelt es an Personal. Wenn wir Lehrern die Aufgabe auferlegen, ganze Pool-Lösungen für Schüler mit erheblichen Bedarfen strukturell und pädagogisch zu erarbeiten, hinterfragen wir, warum Lehrer nicht als pädagogisches Fachpersonal in der Kinder- und Jugendhilfe gem. SGB VIII arbeiten dürfen.

Immer mehr Lehrer kommen im Schulsystem nicht zurecht und erleiden erhebliche psychische Problematiken (Gezeiten Haus, 20.11.2023). Sie bewerben sich als Pädagogen bei Jugendhilfeträgern, können und dürfen aber nicht in diesem Bereich eingesetzt werden. Wir fordern die Möglichkeit des Quereinstiegs mit Fortbildung für Lehrer in das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe; dies kann auf Länderebene erfolgen.

Ferner fordern wir spezielle Fortbildungsprogramme für pädagogische Fachkräfte, die einen Einstieg in die Jugendhilfe möglich machen. Erzieher und Heilerziehungspfleger müssen im Rahmen des SGB VIII

einsatzfähig bleiben und im Rahmen von Aufbauprogrammen (von 3 Jahren) auch im Jugendamt tätig sein dürfen.

5. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Familiennachzug sprengt strukturelle Möglichkeiten

Pflichtaufgabe ohne ausreichende Steuerungsmöglichkeiten

Hohe Einwanderungszahlen – auch durch Familiennachzug und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, deren Unterbringung und Betreuung eine kommunale Pflichtaufgabe ist – fordern einen hohen Unterstützungsbedarf. Die Sitten und Gebräuche fremder Länder in ihrer Kindererziehung unterscheiden sich regelmäßig von den Vorstellungen deutscher Gesetze. Gewalt ist eine gelebte Erziehungsmethode, der Schulpflicht wird häufig nicht nachgekommen, Vorsorgeuntersuchungen, Zahn- und Körperhygiene werden vernachlässigt. Natürlich trifft dies nicht auf alle Einwandererfamilien zu, und deutsche Familien stellen sich vereinzelt nicht besser auf.

Für Flüchtlingskinder werden Schul- und Kindergartenplätze, Wohnraum und Gesundheitsfürsorge gebraucht. Ohne Unterstützung ist es den Betroffenen aufgrund von Sprachbarrieren nicht möglich, sich hier zu organisieren. Unsere verantwortungsbewussten Integrationshelfer können und wollen Kinder- und Jugendschutz umsetzen; kein Kind oder Jugendlicher, egal welcher Herkunft, sollte in seinem Wohl bedroht sein. Leider ist dies nicht umsetzbar – die Dunkelziffer ist groß, und es fehlt an Personal.

An finanziellen Mitteln darf es nicht fehlen: Das Wohl des Kindes ist rechtlich geschützt, das macht Einsparungen an dieser Stelle nicht möglich – und das ist richtig. Hier gibt es nur eine Alternative: Wenn die Bundesregierung das von uns geforderte Ende unkontrollierter Massenzuwanderung nicht durchsetzt, müssen die Kommunen Handlungskompetenzen bekommen, die den Zuzug von Familien aus anderen Ländern und junger unbegleiteter Menschen in ihre Gemeinden begrenzen, wenn eine Sicherstellung des Kindeswohls durch den Einsatz ihrer personellen Mittel nicht mehr zu gewährleisten ist. Zunächst ist das Wohl des in der Kommune bereits aufwachsenden Kindes zu sichern.

6. Flüchtlingsunterbringung als Dauerlast

Übergangslösungen beenden – Gemeinwesen schützen

Kommunen müssen sich häufig flexibel an Anforderungen anpassen, die über den Bund gesteuert werden – dies gilt zum Beispiel bei der Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Einwandernde. Relativ spontan müssen Unterbringungen geschaffen werden, um die Flüchtenden aufnehmen zu können. Als Provisorium gedacht, etablieren sich diese Lösungen und werden zum Dauerzustand, da es nicht zu der erwarteten Entlastung kommt.

Die kommunalen Kosten für Unterbringung und Betreuung sind erheblich und werden durch zusätzliche Ausgaben weiter erhöht. Es wird Einwandernden unmissverständlich vermittelt, dass sie in einer sie versorgenden Einrichtung untergebracht sind. Selbst die Reinigung der Unterkunft wird durch die Kommunen gestellt – dies gilt für die gewöhnliche Verschmutzung der Unterkunft durch Gebrauch ebenso wie für häufige Sonderreinigungen nach Vandalismus. Instandsetzungen beschädigter Gebäude sowie der Ersatz von Mobiliar und Ausstattung fallen ebenfalls den kommunalen Haushalten zu und führen zu erheblichen Defiziten. Gleichzeitig fehlen Turnhallen, Schwimmbäder, Verwaltungsgebäude und ehemalige Schulen dem Gemeinwesen dauerhaft.

Die Reinigung und Pflege der Flüchtlingsunterkünfte und der dazugehörigen Außenbereiche muss künftig durch die Bewohner selbst geleistet werden, um die Unterbringungskosten und damit die Belastungen der Kommunen zu reduzieren. Sollte es ein Argument der Regierungsparteien sein, dass die Einwanderer dazu nicht in der Lage sind, fragen wir nach, wie hier die Verwendung dieser Personen als sogenannte Fachkräfte umgesetzt werden soll. Eine willentliche Beschädigung des Inventars führt umgehend zum Verlassen der Wohnstätte.

7. Sicherheit als Kostenfaktor gescheiterter Sozialpolitik – Wegfall kultureller Ereignisse als Mahnzeichen gescheiterter Politik

In Niedersachsen ist die allgemeine Kriminalität rückläufig. Besorgniserregend ist der deutliche Anstieg von Gewaltdelikten und Messerkriminalität. Vielerorts – wie zum Beispiel bei Stadtfesten oder Veranstaltungen, in Krankenhäusern (insbesondere deren

Notaufnahmen), Rathäusern, Sozialämtern und Schulen – werden Ordnungskräfte eingesetzt und verursachen hohe laufende Sicherheitskosten.

Diese Kosten spiegeln eine gescheiterte Sozialpolitik wider und sollten den Bürgern der Kommunen darum ehrlich und transparent dargestellt werden. Ein Unterlassen soll in diesem Fall die gesellschaftliche Fehlentwicklung kaschieren und notwendige Veränderungen in der Migrationspolitik verhindern.

Wenn Stadtfeste, Weihnachtsmärkte und Vereinsveranstaltungen nur noch unter hohen Sicherheitskosten stattfinden können, haben wir ein gesellschaftliches Problem, das eindeutig auf eine fehlgeleitete Politik zurückzuführen ist. Wenn diese Angebote aufgrund der hohen Kostenstruktur durch die Kommunen nicht mehr finanziert werden können und abgesagt werden, haben wir ein kulturelles, ein gesellschaftliches und ein finanzielles Problem – es ist von politischem Versagen auf ganzer Linie zu sprechen.

8. Vermüllung und Verwahrlosung versus Stadtbildpflege

Wer ein bisschen älter ist, kennt sie noch: die gepflegte Innenstadt mit klaren Linien, kleinen Vorgärten und schönen Parks. Sie sind größtenteils gewichen und zeigen den Anblick von Vermüllung und Verfall. Gebäude verwahrlosen; unter Fenstern und Balkonen sammelt sich der Unrat, der den Weg aus dem Fenster direkt in den Vorgarten oder auf den Gehsteig gefunden hat.

Hier verbirgt sich kein rein ästhetisches Problem – es wird Wohnraum geschaffen: für Schädlinge wie Ratten, Mäuse und weitere Krabbler. Herumliegender Müll auf Gehsteigen und Wegen stellt ein Sicherheitsproblem dar; häufig stinkt er, wenn die Fäulnis einsetzt. Da die Verantwortlichen sich nicht in der Lage sehen, diese Missstände abzustellen, muss dies die Kommune stemmen.

Sinkt die Aufenthaltsqualität, ziehen sich insbesondere ältere Menschen und Familien aus dem öffentlichen Raum zurück. Der soziale Rückzug verstärkt Unsicherheit und weitere Kosten.

9. Ältere Bürger – Mobilität und Teilhabe

Realität anerkennen – Fehlsteuerungen korrigieren

Insgesamt wird in Deutschland für die ältere Bevölkerung zu wenig getan. Ideologiegetriebene Entscheidungen wie der Abbau von Parkplätzen in Innenstadtnähe machen es weniger mobilen Menschen schwer, die Innenstädte und wichtige Infrastruktur zu besuchen.

Dies führt dazu, dass eingeschränkte Menschen einen höheren Anteil an Unterstützungsleistungen brauchen, um am öffentlichen Leben teilhaben zu können und ihren Grundbedürfnissen gerecht zu werden. Weniger Arzt- und Apothekenbesuche, weniger Behördengänge und zusätzliche kommunale Leistungen sind die direkte Folge. Hier würden die mobilen Dienste greifen können, ebenso wie die Kleinbus-App (siehe Kapitel Infrastruktur).

10. Projektitis und ideologische Umverteilung

Wirksamkeit statt Dauerfinanzierung

Wirtschaft und Forschung halten funktionierende Konzepte vor, die auch in Projekten erprobt wurden. Eine Kommune kann inhaltlich darauf zurückgreifen und muss Modellprojekte, Beratungs-, Netzwerk- und Koordinierungsstellen – oft getrieben von ideologischem Gedankengut – nicht durchfinanzieren, bis festgestellt werden kann, dass eine nachhaltige Wirkung nicht nachweisbar ist.

UNSERE FORDERUNG

Die AfD fordert, den bürgerlichen Menschen – ob alt oder jung, so wie er ist – wieder prioritär in die Betrachtung politischen Handelns zu rücken.



KAPITEL 13

ZUWANDERUNG BEGRENZEN – ORDNUNG DURCHSETZEN!

Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit

Kommunale Belastungen begrenzen – Ordnung durchsetzen

Die Masseneinwanderung treibt die Kommunen personell, finanziell und strukturell an ihre Grenzen. Deutschlandweit stieg die Zahl der Ausstellungen deutscher Pässe im Jahr 2025 – dem fünften Jahr in Folge – um 14 % (tagesschau24 live, 03.06.2026): 332.500 Einwanderer erhielten den deutschen Pass, so viele wie noch nie. Die links-grüne Regierung schafft sich ihre Wählerschaft!

1. Sofortiger Anmietungsstopp von Wohnungen für Asylbewerber und subsidiär Schutzberechtigte

Die Unterbringung von Migranten darf nicht zulasten der einheimischen Bevölkerung erfolgen. Insbesondere sozial schwächere Haushalte und Familien geraten durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zunehmend unter Druck.

Die AfD setzt sich für eine befristete, möglichst zentrale Unterbringung von Einwanderungswilligen ein, bei denen absehbar ist, dass eine Integration aufgrund rechtlicher Grundlagen oder „Überbelegung“ des Ortes nicht erfolgen kann. Die AfD fordert eine gesetzestreue Durchführung der Asylpolitik. Eine dauerhafte Unterbringung über den freien Wohnungsmarkt darf bei gesichertem Aufenthaltsstatus erfolgen.

Zwangsbelegungen, Beschlagnahmen und der Ankauf überteuerter Immobilien durch Kommunen lehnen wir ab. Auch darf es nicht sein, dass ein Vermieter oder eine Einrichtung mehr Gewinn erzielt, wenn das Gebäude zu einer Asylunterkunft umfunktioniert wird. Hier gilt klar: gleicher Wohnraum, gleicher Preis.

2. Überwiegend Sachleistungen statt Barleistungen

Wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält, soll diese nach dem Willen der AfD künftig überwiegend als Sachleistungen oder über eine Bezahlkarte erhalten.

Viele Asylanten haben hohe Transferzahlungen an Schlepperbanden in ihren Herkunftsländern zu leisten; dies geschieht auch, um weitere Verwandte über Schlepperorganisationen nach Deutschland einreisen zu lassen. Dieses Prozedere zeigt deutlich, dass die aktuelle Praxis zu völligen Fehlanreizen führt. Ferner will die AfD verhindern, dass kostbares Steuergeld zum Teil Süchte und Kriminalität finanziert.

3. Integration heißt Anpassung

Integration gelingt nur dort, wo Zugewanderte unsere Sprache sprechen, unsere Gesetze achten und sich zu unserem Land bekennen. Wir lehnen Integrationsprojekte ab, die kulturelle Parallelwelten fördern oder Steuergeld in ideologische Programme lenken.

Die AfD setzt sich dafür ein, Integrationsleistungen an klare Mitwirkungspflichten zu knüpfen. Wer Integrationsangebote verweigert oder dauerhaft gegen Regeln verstößt, darf nicht weiter privilegiert werden. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Fehlverhalten konsequent zu sanktionieren.

4. Kosten transparent machen und vollständig erstatten

Die tatsächlichen Kosten der Zuwanderung werden auch auf kommunaler Ebene häufig verschleiert oder unvollständig ausgewiesen, um die Nutzlosigkeit dieser Asylpolitik für die Gemeinschaft nicht darstellbar machen zu müssen. Neben direkten Kosten entstehen erhebliche Folgekosten für Personal, Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und Verwaltung. Diese Zahlen gehören präzise der Migration zugeordnet und sind im Haushalt darzustellen.

Die AfD fordert vollständige Kostentransparenz. Alle migrationsbedingten Ausgaben für Schulen, Kita-Unterbringung, Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Betreuung, Förderung usw. sind offen zu benennen. Ein akribisch erarbeitetes Preis-Nutzen-Verhältnis muss realisieren, was von den derzeitigen Regierungsparteien nur geträumt wird.

Die kostenfreie vollumfängliche Unterbringung von Kindern mit Migrationshintergrund in Institutionen, deren Eltern zu Hause sind, lehnt die AfD ab (dies gilt auch für deutsche Bürger ohne Beschäftigung).

5. Staatsangehörigkeit bedeutet Verpflichtung

UNSERE FORDERUNG

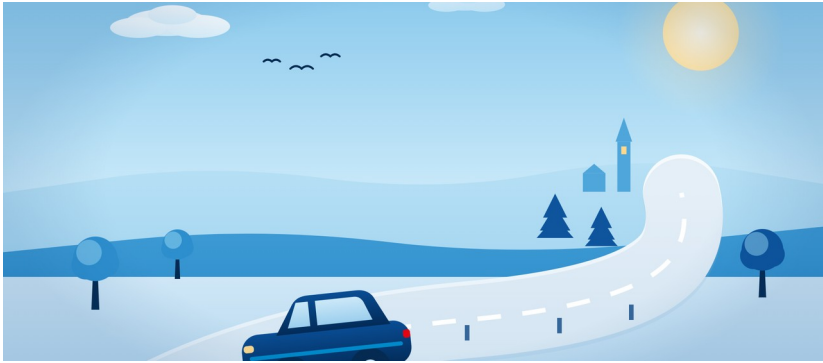
Der deutsche Pass ist eine Auszeichnung und kommt nicht aus der Lostrommel.

Er ist Ausdruck der Loyalität und Verantwortung sowie der kulturellen Zugehörigkeit des Empfängers. Die AfD fordert eine restriktive Einbürgerungspolitik auch auf kommunaler Ebene: keine Einbürgerung ohne klare Integrationsleistungen wie Sprachkenntnisse, Arbeitsleistungen, das Annehmen der Regeln und Gesetze unseres Landes und ein klares Bekenntnis zu Deutschland.

6. Transparenz bei Förderleistungen herstellen

Niedersachsens Bürger haben Anspruch auf die Wahrheit – sie finanzieren mit ihren Steuergeldern Fördergelder in Millionenhöhe. Jede Kommune ist als Unternehmen anzusehen, und sie hat so zu handeln: transparent, verantwortungsbewusst und effizient.

Wir lehnen jede kommunale Imagekampagne ab, die nicht der Realitätsfindung dient. Öffentlichkeitsarbeit der Kommune muss neutral und faktenbasiert sein.



KAPITEL 14

STRASSEN STATT SCHLAGLÖCHER!

Infrastruktur, Verkehr, Bauen, Wohnen und Planung

Grundlage für Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Verkehr, Wohnen, Bauen und Planung bestimmen maßgeblich den Alltag der Bürger und die Attraktivität unserer Kommunen.

Die AfD setzt sich für eine sachorientierte, ideologiefreie Infrastrukturpolitik ein, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert und kommunale Handlungsspielräume stärkt.

1. Wirtschaftliche Infrastruktur stärken und Bürokratie abbauen

Die Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur ist untrennbar miteinander verbunden. Arbeitsplätze entstehen dort, wo verlässliche Rahmenbedingungen, funktionierende Verkehrswege und eine leistungsfähige digitale Infrastruktur vorhanden sind. Die AfD fordert einen deutlichen Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten und will wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene schaffen.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist dabei von zentraler Bedeutung. Mobilfunk- und Breitbandversorgung müssen eines Industrielandes

würdig sein. Funklöcher und Netzabbrüche sind insbesondere für Wirtschaft, Pendler und Rettungsdienste nicht hinnehmbar. Gleichzeitig ist die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, ohne den persönlichen Kontakt zwischen Bürgern und Verwaltung abzuschaffen.

2. Verkehrspolitik: Alle Verkehrsträger berücksichtigen

Eine funktionierende Verkehrspolitik muss alle Verkehrsträger einbeziehen. Niedersachsen ist Automobilland. Die AfD lehnt eine ideologisch motivierte Einschränkung des Individualverkehrs ab und setzt sich für den Erhalt und die Sanierung bestehender Straßeninfrastruktur ein.

UNSERE FORDERUNG

Straßen sind Lebensadern – und sie sollten fließen.

Der Ausbau von Kreiseln anstatt Ampelanlagen soll in den Fokus rücken. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind auch in Bezug auf den Kraftstoffverbrauch gut zu überdenken und aufeinander abzustimmen. Ein Tempowechsel von mehr als 20 km/h innerhalb von 2 km ist unsinnig.

Ferner sollten und dürfen Menschen nicht durch Fahrbahnverengungen, Parkplatzabbau oder pauschale Umwidmungen in ihrer Mobilität und ihren Ansteuerungswünschen eingeschränkt werden. Dies schwächt die Konjunktur auf allen Ebenen; auch werden Geschäfte in den Innenstädten nicht mehr besucht und schließen, was wiederum das Angebot für die Bürger einschränkt. Konsequenterweise lehnt die AfD autofreie Innenstädte ab.

Tempo-30-Zonen sind auf Wohngebiete und besondere Gefahrenstellen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser oder Baustellen zu beschränken.

3. Öffentlichen Personennahverkehr bedarfsorientiert ausbauen

Der öffentliche Personennahverkehr ist insbesondere für Schüler, Auszubildende und Berufspendler wichtig. In ländlichen Regionen müssen praktikable Lösungen gefunden werden, die sich an realen

Bedarfen orientieren. Schienenprojekte sind sorgfältig zu prüfen und nur dort umzusetzen, wo sie sinnvoll und gewünscht sind.

Es müssen Pendlerkleinbusse eingeführt werden, die für einen monatlichen Obolus auch ländlichere Gebiete anfahren. Das schont die Umwelt, spart dem Bürger Geld und sichert den Einsatz von Fachpersonal vor Ort. Viele Bürger können aus unterschiedlichen Gründen kein Auto fahren und gelangen so nicht zu einer Arbeitsstelle, die außerhalb der üblichen Fahrtwege der Öffis liegt. Dies kann über eine App organisiert werden.

Die AfD setzt sich für einen verlässlichen Schüler- und Berufsverkehr zu Stoßzeiten ein. Ideologisch geprägte Konzepte einer sogenannten Verkehrswende lehnen wir ab. Technologieoffenheit, einschließlich neuer Mobilitätsformen und autonomer Systeme, bietet Chancen zur Entlastung des Personalmangels im ÖPNV.

4. Bauen und Wohnen bezahlbar machen

Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale soziale Frage. In Niedersachsen sind die Baukosten für den Neubau von Wohnraum durch überzogene Auflagen, steigende Energiepreise und Abgaben sowie hohe Materialkosten um 2,8 % im Verhältnis zum Vorjahr gestiegen (Landesamt für Statistik Niedersachsen, 02.04.2026); im Jahr 2025 stiegen die Baukosten diesbezüglich bereits um 3,2 %. Das macht den Erwerb von Wohneigentum für viele Familien zunehmend unmöglich. Es gilt die Formel: 2.000 bis 2.500 € sind für einen Quadratmeter geschaffenen Wohnraums zu finanzieren.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass sich arbeitende Menschen wieder Wohneigentum leisten können. Energiepolitische Auflagen und ideologische Vorgaben gehören abgeschafft – der Bürger entscheidet für sich. Bezahlbare Energie muss sichergestellt und weitere Baugebiete müssen ausgewiesen werden. Die Bereitstellung von Bauland auf Basis des Erbbaurechtes an junge Familien und passend zugeschnittene, für alle zugängliche Förderkonzepte können in vielen Städten die Schwelle zu Wohneigentum deutlich reduzieren.

Eine Mietpreisbremse lehnt die AfD ab: Baukosten und Energiekosten sind unkalkulierbar. Wenn der Erlös des Projektes die Finanzierungskosten unterschreitet, wird niemand finanzieren.

Schlusswort

Wir denken systemisch: Unterschiedliche Ministerien müssen ineinandergreifen und sich gegenseitig stützen. Einzelne Programmpunkte separat zu betrachten, erachtet die AfD Nienburg-Schaumburg nicht als hilfreich – es muss vernetzend agiert werden.

Wir danken allen Lesern für ihr Interesse.

WERDE TEIL DER VERÄNDERUNG!

Nicht nur meckern – anpacken! Der direkte Weg zum Mitgliedsantrag: in fünf Minuten ausgefüllt, ab dem ersten Tag mittendrin statt nur dabei.

» www.afd.de/mitglied-werden

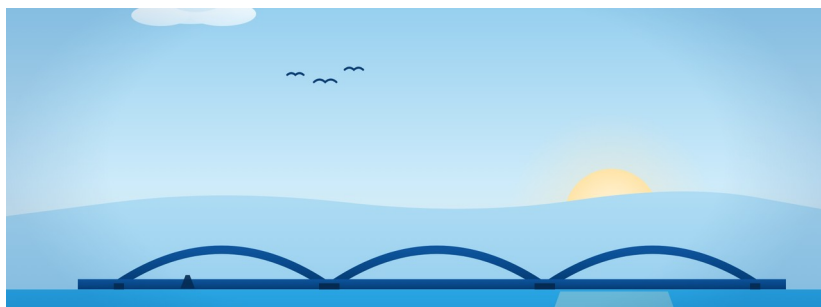


SCANNEN!

PLATZ FÜR IHRE FRAGEN AN UNS.

Sprechen Sie uns an – am Infostand, per E-Mail oder auf unserer Webseite.

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei.



IMPRESSUM



VERANTWORTLICH. TRANSPARENT.

HERAUSGEBER

Alternative für Deutschland – Kreisverband Nienburg-Schaumburg,
vertreten durch den Kreisvorsitzenden Jonas Kallendorf

ANSCHRIFT

Niedernstraße 14, 31655 Stadthagen

KONTAKT

E-Mail: info@afd-nienburg-schaumburg.de

Web: www.afd-nienburg-schaumburg.de

V. i. S. d. P.

AfD Nienburg-Schaumburg, Niedernstraße 14, 31655 Stadthagen

STAND

Juli 2026 – zur Kommunalwahl am 13. September 2026

Gedruckt in Deutschland.

TRANSPARENZ

Weitere Informationen zur Transparenz finden Sie
online über den angegebenen QR-Code.

» afd-niedersachsen.de/ttpw



SCANNEN!

*Vielen Dank, Sabine, für die Federführung für dieses
Programm!*

DIE WENDE BEGINNT VOR ORT.



Afd

Kreisverband
Nienburg-Schaumburg



www.afd-nienburg-schaumburg.de

Herausgeber: Afd Kreisverband Nienburg-Schaumburg,
Niedernstraße 14, 31655 Stadthagen

Vollständiges Impressum und Transparenzangaben: siehe Innenteil.